



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 10/11
Dienstag, 18. September 2007
17:00 - 21:02 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 23.10.07

Vorsitz:	Alfred Tappolet	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Theresia Derksen Rolf Amstad	CVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Thomas Feurer Peter Möller	Sozialreferent SP
Anfang der Sitzung:	Dr. Raphaël Rohner Martin Roost	FDP parteilos

TRAKTANDEN

1	VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 6468 "Hofackerstrasse 3"	Seite	299
2	VdSR Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen	Seite	303
3	Motion Peter Neukomm (SP): Energie- und Klimaschutzkonzept	Nicht behandelt	
4	Postulat Marianne Schwyn (SP): Verbindlicher Minergie-Standard für öffentliche Bauten und Förderung der Minergie-Bauweise bei privaten Bauten	Nicht behandelt	
5	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen	Nicht behandelt	
6	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit der Sankt-Florian-Politik - Entscheid Ersatz Trolleybus jetzt	Nicht behandelt	

**7 Interpellation Martin Roost (parteilos):
Schulpolitik und Schulraumplanung** **Nicht
behandelt**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
08.05.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Logierhaus“ auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen	SPK
15.05.07	VdSR Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingertal (Teilflächen von GB Nr. 21130 und GB Nr. 21719)	SPK
22.05.07	Motion Peter Neukomm (SP): Energie- und Klimaschutzkonzept	
25.05.07	Postulat Marianne Schwyn (SP): Betreffend verbindlichem MINERGIE-Standard für öffentliche Bauten und der Förderung der MINERGIE-Bauweise bei privaten Bauten	
29.05.07	VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone „Vorderes Mühletal“ und Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühletal“ (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB Nr. 1665)	SPK
19.06.07	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen	
03.07.07	VdSR Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung	SPK
05.07.07	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit der Sankt-Florian-Politik – Entscheid Ersatz Trolleybus jetzt	
24.07.07	VdSR Neubau Doppelkindergarten Hauental	SPK
24.07.07	VdSR Pilotphase zu den Motionen Othmar Schwank „Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit“ und Iren Eichenberger „Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige“	SPK
14.08.07	Interpellation Martin Roost (parteilos): Schulpolitik und Schulraumplanung	
14.08.07	VdSR Schweizersbild/Birchrüti: Landverkauf ab GB Nr. 21'295 und Umzonung von Zöbag in GW (Zonenplanänderung Nr. 3)	SPK
14.08.07	VdSR NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum: Investitionsbeitrag, wiederkehrende Betriebsbeiträge, Baurechtsabgabe und Kunstrasenspielfeld „Schweizersbild II“	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit	SPK
14.09.07	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung	
18.09.07	Postulat Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung	

2007 Kleine Anfragen:

14	Christa Flückiger	Offizielle Stellplätze für Wohnmobile in der Stadt Schaffhausen	21.08.07
----	-------------------	---	----------

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 6468 „Hofackerstrasse 3“

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 5. Juni 2007 mit **47 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf des städtischen Grundstückes GB Nr. 6468 "Hofackerstrasse 3" im Umfang von ca. 530 m² an die WKS Elektroplanung AG, Mühlentalsträsschen 11, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 5. Juni 2007 genannten Bedingungen zu.

Traktandum 2 VdSR Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit **24 : 21 Stimmen** Nichteintreten auf die Vorlage des Stadtrates vom 4. Juli 2006.

BEGRÜSSUNG

Der Ratspräsident **Alfred Tappolet (SVP)** eröffnet die Ratssitzung Nr. 10/11 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Vorlage des Stadtrates vom 18.09.07 *Gestaltung Freier Platz*. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 11er SPK vor. Einladende Fraktion: OeBs/EVP. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- Vorlage des Stadtrates vom 18.09.07 *Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit*. Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 13er SPK vor. Einladende Fraktion: FDP/jfsh. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*

Mitteilung SR Veronika Heller:

"Der Stadtrat hat die Vorlage *Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit* heute zu Händen des Grossen Stadtrates verabschiedet. Der Terminplan ist relativ eng, wenn es allen Schweizer Gemeinden gelingen soll, die Volksabstimmung am 1. Juni 2008 durchzuführen. Es ist eine komplexe Vorlage. Deshalb wurden heute mit dem zuständigen Gemeinderat in Neuhausen am Rheinfall die nachstehenden Termine für eine erste SPK-Sitzung reserviert:

Montag, 12.11.07

Donnerstag, 15.11.07

Montag, 19.11.07 (Eventualdatum)

Mittwoch, 28.11.07(Eventualdatum)

Beginn der Sitzungen: Jeweils 17.00 Uhr.

Vorschlag zum Vorgehen der parlamentarischen Beratungen:

Die Sitzungen – nicht aber die Abstimmungen – werden gemeinsam mit der SPK des Einwohnerrates Neuhausen am Rheinfall durchgeführt. Zur ersten gemeinsamen Sitzung werden alle Mitglieder der beiden Parlamente eingeladen. Die Vorlage wird vorgestellt, Fragen werden beantwortet, daraufhin findet die Eintretensdebatte der SPK-Mitglieder statt.

Die Abstimmung über das Eintreten erfolgt an einer 2. Sitzung (gemeinsam oder nicht mit Neuhausen muss die SPK entscheiden) ungefähr Mitte Dezember 2007, also noch vor den Weihnachtsferien. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mit dem vorgeschlagenen Terminplan mitziehen würden. “

- Antwort SR auf Kleine Anfrage Nr. 4/2007 von Daniel Preisig (JSVP): Veranstaltungen in der Altstadt: Reine Lärmproduktion oder Standortvorteil? vom 18.09.07
- Antwort SR auf Kleine Anfrage Nr. 9/2007 von Mariann Keller (SP) und Kurt Zubler (SP): Velokurier - Nutzung eines ökologischen Transportmittels vom 11.09.07
- Antwort SR auf Kleine Anfrage Nr. 11/2007 von Andres Bächtold (SP): Effizienz der Gasbeleuchtung vom 18.09.07
- Antwort SR auf Kleine Anfrage Nr. 12/2007 von Simon Stocker (AL): Standaktionen der NAGRA auf dem Fronwagplatz vom 18.09.07

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

Personelle Änderungen SPK VdSR NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum: Christian Bächtold (FDP) wird durch Nicole Herren (FDP) ersetzt, Werner Schöni (SVP) wird durch Edgar Zehnder (SVP) ersetzt.

Personelle Änderungen SPK VdSR Doppelkindergarten Hauental: Wilhelm Hefti (SP) wird durch Urs Fürer (SP) ersetzt.

PROTOKOLL

Wegen eines Todesfalls in der Familie der Ratssekretärin Gaby Behring konnte das Protokoll Nr. 9 vom 04.09.07 vom Ratsbüro noch nicht geprüft und genehmigt werden. Das Ratsbüro wird das Protokoll jedoch noch vor den Herbstferien prüfen und zur Veröffentlichung im Internet genehmigen. Es liegt deshalb heute Abend nicht zur Einsichtnahme vor. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*

Persönliche Erklärung Dr. Raphaël Rohner (FDP):

”In den vergangenen Wochen haben zwei Geschäfte, die zur Zeit in Spezialkommissionen des Grossen Stadtrates zur Beratung liegen, zu Fragen und Diskussionen betreffend Anwendung der Ausstandsregelung nach § 32 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates geführt.

Dazu möchte ich als Fraktionspräsident der FDP/jfsh-Fraktion eine kurze persönliche Erklärung abgeben:

Die diesbezügliche rechtliche Beurteilung sowohl im Zusammenhang mit der Vorlage NASPO also auch der Vorlage "Vorderes Mühlental" hat jeweils ergeben, dass die in Frage stehenden, von den Fraktionen gemeldeten SPK-Mitglieder streng formal betrachtet eigentlich keinen Grund für einen Ausstand gehabt hätten.

Trotzdem gab es zum Teil recht heftige politische Kontroversen zu dieser Frage.

In diesem Zusammenhang muss festgestellt werden, dass in unseren engräumigen Verhältnissen relativ schnell eine Situation eintreten kann, wo wir alle bei einem Geschäft an die Grenzen der zurzeit geltenden Ausstandsregelung stossen können.

Meines Erachtens muss daher diese Regelung im Rahmen der Arbeiten der SPK "Parlamentsreform" unter Berücksichtigung dieser Umstände äusserst genau angeschaut und eine geeignete, in der Praxis auch anwendbare, den kantonalrechtlichen Vorgaben aber trotzdem nicht widersprechende Formulierung gefunden werden.

Bis zum Abschluss dieser Arbeiten wird unsere Fraktion bei der Bestellung der SPK-Mitglieder in gleich gelagerten Fällen die Ausstandsregelung mit der gebotenen Sensibilität und Zurückhaltung auslegen, um solche unschönen und dem Sachgeschäft wenig dienlichen Diskussionen zu vermeiden. Die Frage eines Ausstandes darf niemals das Geschäft als solches in Frage stellen.

Ich kann Ihnen bekannt geben, dass Martin Egger aus der SPK "Vorderes Mühlental" zurücktreten wird, obschon gemäss unserer Beurteilung rein formell kein Anlass dazu bestehen würde; sein Nachfolger, beziehungsweise seine Nachfolgerin wird nach der nächsten Fraktionssitzung bekannt gegeben. "

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Traktandum 1 VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 6468 "Hofackerstrasse 3"

Rainer Schmidig (EVP)

GPK-Bericht *

"Die GPK hat die Vorlage Verkauf der Parzelle GB Nr. 6468 "Hofackerstrasse 3" an ihrer Sitzung vom 23.08.07 behandelt. Dabei wurden ihr von SR Peter Käppler und Albert Tanner die Vorlage ausführlich erklärt und die Fragen kompetent beantwortet. Zusätzlich zu den in der Vorlage vom 5. Juni 2007 ausgeführten Informationen befasste sich die GPK mit den folgenden Fragen:

- Zu welchem Preis hat die Stadt das Grundstück erworben?
- Was geschieht mit dem Haus auf der Parzelle GB Nr. 6468?
- Wie gestaltet sich die Überbauung auf der Parzelle GB Nr. 6467?

Die Liegenschaft konnte von der Stadt für weniger als Fr. 300'000.-- erworben werden und wird nun nach dem Verkauf durch die WKS Elektroplanung AG total saniert. Sie bleibt somit in ihrem Erscheinungsbild erhalten.

Die neue Überbauung wurde uns von Albert Tanner vorgestellt. Sie wirkt sich sicher positiv auf die bauliche Situation in jenem Gebiet aus.

Mit dem Verkauf und den damit verbundenen baulichen Massnahmen im Bereich der Bushaltestelle und dem Fussgängerbereich entlang der Hofackerstrasse wird in diesem Gebiet eine positive Entwicklung ermöglicht.

Die GPK stimmte der Vorlage mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, zu.

Zu reden gab die Vergabep Praxis bei Baurecht und Verkauf. In der letzten Zeit häuften sich die Vergaben ohne Ausschreibung, was auch in der GPK kritisiert wurde. Das Baureferat versicherte uns aber glaubhaft, dass nach wie vor der Grundsatz gilt, dass derartige Geschäfte öffentlich ausgeschrieben werden.

Die GPK empfiehlt Ihnen die Annahme dieser Vorlage.

OeBS/EVP-Fraktionserklärung:

Die OeBS/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. In der Fraktion tauchte bei der Beratung die Frage auf, warum der Rest der Parzelle GB Nr. 6994 nicht in dieses Geschäft integriert wurde, da es für die Stadt ausser Spesen nichts mehr bringe. “

Susanne Günter (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung *

”Für die FDP/jfsh-Fraktion gibt es bei diesem Geschäft keine grosse Diskussion. Wir befürworten den Verkauf dieser Parzelle und geben somit dem Projekt auf dem Nachbargrundstück die Chance zur Verschönerung und besseren Ausnützung dieses markanten Grundstückes.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Fussgänger an dieser Stelle erscheint uns wichtig. Die Garantie der Käuferschaft, die alte Liegenschaft auf dem von der Stadt zu verkaufenden Grundstück zu sanieren und in die Erneuerung dieses Teils des Quartiers mit einzubeziehen, überzeugt uns.

Ich bedanke mich bei Rainer Schmidig für die gute Präsentation seitens der GPK.

Die **FDP/jfsh-Fraktion** wird auf die Vorlage eintreten und dem Verkauf zustimmen. „

Mariann Keller (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung *

”Ich kann gleich vorweg nehmen, dass die SP/AL-Fraktion dem Verkauf der Parzelle Hofackerstrasse 3 mehrheitlich zustimmen wird.

Warum nur mehrheitlich?

Die Aussicht, dass sich mit dem Verkauf der Parzelle “Hofackerstrasse 3” die prekäre Situation der Fussgänger und Fussgängerinnen im Bereich der Busendstation Buchthalen verbessert, ist unbestritten erfreulich.

Der Verkauf der Liegenschaft wurde der ursprünglich geplanten Vergabe im Baurecht vorgezogen, was die SP/AL-Fraktion im Gegensatz nicht sehr freut, aber als Entscheid akzeptiert, da es sich nicht um ein Grundstück handelt, das für die Stadtentwicklung von strategischer Bedeutung ist.

Jedoch möchten wir an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch in diesem Fall weder eine mögliche Baurechtsvergabe, noch der Verkauf öffentlich ausgeschrieben wurde, was sich als Praxis in letzter Zeit gehäuft hat. Selbst wenn ein vorliegendes Projekt überzeugt und den Bedürfnissen der städtischen Baupolitik entgegenkommt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass nach einer öffentlichen Ausschreibung weitere eingereichte Projekte ebenso überzeugen oder sogar besser sein könnten.

Deshalb möchten wir den Stadtrat darum bitten, sich auch in Zukunft im Rahmen einer aktiven Baurechts- und Bodenpolitik an die gängigen Richtlinien zu halten, nach denen die Vergabe im Baurecht oder der Verkauf von städtischen Baurechtsliegenschaften öffentlich ausgeschrieben werden und das Gemeinwesen ihr Land in der Regel nicht verkauft, sondern im Baurecht abgibt. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung *

”Nachdem Rainer Schmidig in seiner gewohnt speditiven Art die Vorlage konzis und präzis vorgestellt hat, wäre es beinahe ein Akt wider die Courtoisie, als Nachrednerin noch lange Worte zu diesem Geschäft zu verlieren.

Ich teile Ihnen daher mit, dass die SVP/JSVP/EDU-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird. Sie begrüsst es, dass auf diese Weise die Fusswegverbindung zur Bushaltestelle verbessert werden kann. “

Gertrud Distel

Votum *

”Als Buchthalerin möchte ich mich für den Verkauf der Liegenschaft an der Hofackerstrasse 3 stark machen. Seit vielen Jahren - sogar Jahrzehnten - warten wir auf ein Trottoir in diesem Bereich. Dass es jetzt auf der gegenüberliegenden Seite noch einen Gehweg gibt, finde ich gut. So sind Fussgängerinnen und Fussgänger, egal, ob sie von Richtung Kirche oder Hintergasse kommen, beidseitig der Strasse geschützt.

Aus Sicht der Bauherrschaft verstehe ich, dass sie das Grundstück GB Nr. 6468 dazu kaufen wollen, ist es doch für die Planung der zukünftigen Überbauung von Vorteil, wenn beide Grundstücke dem gleichen Bauherrn gehören. Legen wir den zukünftigen Besitzern dieser zwei Grundstücke keine unnötigen Steine in den Weg, denn Steine liegen dort seit Jahren. Freuen wir uns auf eine schöne Überbauung und stimmen dem Antrag des Stadtrates zu. Wir von der CVP sind dafür. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme SR

”Ich bedanke mich für die gute Aufnahme des Geschäftes und für den guten Bericht des GPK-Sprechers Rainer Schmidig.

Dass eine Liegenschaft kurz nach dem Kauf auch gleich wieder verkauft wird, ist sehr unüblich für die Stadt. Den Grund dafür haben Sie bereits gehört; das Grundstück wurde mit dem Zweck gekauft, bei der Bushaltestelle Buchthalen eine Bereinigung der Fussgängersituation zu erwirken. Dazu haben wir die notwendigen Massnahmen vorgenommen, das heisst die Parzelle entsprechend parzelliert, um den für die Fussgängerinnen und Fussgänger benötigten Platz zu gewinnen. Die Liegenschaft hat keine strategische Bedeutung für die Stadt.

Es wurde kritisiert, dass keine öffentliche Ausschreibung erfolgte. Für einen

zukünftigen Interessenten wäre jedoch durch die Neuparzellierung ein zu kleines Grundstück entstanden. Es war eine glückliche Fügung, dass in der direkten Nachbarschaft ein kleines Mehrfamilienhausprojekt besteht. Die entstandene Win-win-Situation ist für alle Beteiligten positiv, und die Einfahrt in die Garage des Mehrfamilienhauses kann verbessert und optimiert werden. Das ist auch der Grund, warum auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet wurde.

Ich sichere Ihnen jedoch zu, dass die Stadt sehr viele - allerdings nicht immer erfolgreiche - Ausschreibungen realisiert. Der Stadtrat möchte auch in Zukunft an dieser Praxis festhalten. Wenn jedoch der ideale Partner bereits vorhanden ist und sich damit die einzig sinnvolle Lösung anbietet, macht es keinen Sinn, eine Ausschreibung "um der Ausschreibung willen" zu machen. Es handelt sich im vorliegenden Fall um eine Ausnahme.

Es wurde die Frage geäußert, warum der Rest der Parzelle GB Nr. 6994 - der kleine Spickel entlang der Hofackerstrasse auf der linken Seite - nicht ebenfalls zum Grundstück geschlagen wurde. Einerseits wollten wir nur den kleinstmöglichen Anteil, der für ein vernünftiges Umfeld des Mehrfamilienhausprojektes überhaupt notwendig ist, zum Grundstück hinzugeben, andererseits bleibt dieser Teil der Parzelle dem öffentlichen Grünbereich erhalten, was wir sehr positiv bewerten.

Wie ist das weitere Vorgehen? Wenn die Sanierung der Altliegenschaft abgeschlossen ist, werden wir Ihnen auf dem regulären Budgetweg einen Betrag von Fr. 180'000.-- für den Ausbau des Trottoirs (linke Seite Bushaltestelle) beantragen. Auf der rechten Seite ist ein Gehweg geplant, mit entsprechender Beschilderung für Blinde, damit diese den Weg zur Beratungsstelle einfacher finden können. Die dafür notwendigen Mittel werden wahrscheinlich erst mit dem Budget 2009 beantragt werden.

Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu diesem sinnvollen Geschäft. "

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die Vorlage Seiten 1 - 4, den Antrag auf Seite 4 sowie den Situationsplan wie folgt:

ANTRAG

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf des städtischen Grundstückes GB Nr. 6468 "Hofackerstrasse 3", im Umfang von ca. 530 m² an die WKS Elektroplanung AG, Mühlentalsträsschen 11, 8200 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 5. Juni 2007 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 5. Juni 2007 mit 47 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Ratspräsident** teilt zu Traktandum 2 mit, dass dieses heute Abend abschliessend behandelt wird. Sofern die Diskussionen bis 20.00 Uhr dauern und auch dann kein absehbares Ende in Sicht ist, wird die Debatte nach einer kurzen Pause wieder aufgenommen.

Traktandum 2 VdSR Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen

Martin Egger (FDP)

SPK-Sprecher

„Ich verteile Ihnen pro Bankreihe ein bis zwei Exemplare einer Zusatzinformation zu den bereits vorhandenen Unterlagen.

Es ist mir ein Vergnügen, Ihnen die Resultate der SPK *Einführung WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen* vorstellen zu dürfen.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich spreche für die Kommissionsmehrheit, aber für eine Minderheit der FDP/jfsh-Fraktion – noch, so hoffe ich wenigstens.

Ich gliedere meinen Bericht in folgende Teile:

1. Ausgangslage am 17.09.02
2. Geänderte Ausgangslage am 13.11.06
3. Kommissionsarbeit mit den wichtigsten Punkten:
Resultate und Erkenntnisse der behandelten Fragen
Änderungsanträge
4. Schlussbetrachtung/Zusammenfassung

1. Ausgangslage

Am 17.09.02 – also vor fünf Jahren und einem Tag als ich, wie einige von Ihnen auch, dem GrSR noch nicht angehörte – stimmte dieser Rat nach intensiven Beratungen in einem Grundsatzentscheid mit 33 : 4 Stimmen der Vorlage des SR *Gesamteinführung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen* zu. Weiter beschloss der Rat, dass der WoV-Steuerungsausschuss das Projekt begleiten soll.

Nachdem der SR auf den 01.01.05 die neue Führungs- und Aufgabenstruktur – bereits ausgerichtet auf die WoV-Bedürfnisse – in Kraft setzte, nahm im Februar 2005 der WoV-Steuerungsausschuss die Arbeit auf.

In insgesamt 16 äusserst konstruktiven Sitzungen erarbeiteten die 8 Mitglieder (je zwei aus jeder Fraktion) unter Leitung von Stadtpräsident Marcel Wenger zusammen mit dem Projektkernteam Werner Bianchi, Karin Sigrist-Steuri, Ursula Peter sowie dem externen Berater Thomas Bichsel von der Firma PumaConsult die heute zu behandelnde Vorlage.

Ausser zwei kleinen Differenzen gegenüber dem SR stand der WoV-Steuerungsausschuss hinter der Vorlage. Gleichzeitig gab sich der WoV-Steuerungsausschuss auch den Auftrag, die Fraktion über die Vorlage zu informieren und von der Idee zu überzeugen.

Zudem wurde beschlossen, die Vorlage aufgrund der Komplexität an zwei Informationsveranstaltungen dem Rat vorzustellen, bevor sie dann am 13.11.06 zur

ersten Beratung in die SPK gelangte.

2. Geänderte Ausgangslage nach 13.11.06

Zwischenzeitlich – also nach dem ursprünglichen Auftrag aus dem Jahr 2002 – hat sich die Ausgangslage in zwei Punkten wie folgt geändert:

1. Das Gesetz über die *Wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen* oder *WoV-Gesetz*; *Einführung einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung* wurde vom Volk am 05.09.05 abgelehnt. Damit wurde eine flächendeckende Einführung von WoV verunmöglicht.
2. Am 24.09.06 stimmte das Volk einer Verkleinerung des städtischen Parlaments von 50 auf 35 Personen zu.

3. Kommissionsarbeit

Und damit komme ich zur eigentlichen Kommissionsarbeit. Ich gehe davon aus, dass Sie sich mit der Vorlage genügend auseinandergesetzt haben und verzichte darum, die Vorlage detailliert vorzustellen und versuche mich auf das Wesentliche zu beschränken.

In insgesamt 8 Kommissionssitzungen behandelte die 15er SPK die vorliegende Vorlage. Die Anliegen des SR wurden durch Stadtpräsident Marcel Wenger vertreten. Unterstützung erhielten wir von der Verwaltungsseite durch Werner Bianchi, Karin Sigrist-Steuri und Ursula Peter. Frau Peter war zudem verantwortlich für eine speditive und exakte Protokollführung. Als externer Berater stand uns zusätzlich Thomas Bichsel zur Verfügung.

Ich danke an dieser Stelle Ursula Peter für die tadellose Protokollführung. Stadtpräsident Wenger danke ich für die Vertretung der Kommissionsmeinung im gesamten Stadtrat. Weiter danke ich allen Beteiligten für die kompetenten Antworten und die Vorbereitung der Unterlagen, die sie uns im Verlaufe der Beratungen erstellt haben.

Schon bei der Eintretensdebatte hatte sich gezeigt, dass die SPK sehr ausgewogen zusammengesetzt war und sich die WoV-Gegner und WoV-Befürworter in etwa die Waage hielten. Nach einer lebhaften Diskussion und einem Abstimmungsresultat von 7:7 Stimmen, bei einer Abwesenheit, wurde Eintreten nur durch Stichentscheid durch den Präsidenten beschlossen.

Zu den Hauptkritikpunkten, die zum knappen Resultat führten, gehörten:

- Auswirkung der Abstimmung vom 24.09.06: Befürchtung, verkleinertes Parlament schafft Arbeitsaufwand nicht.
- Gesetzliche Grundlage nach Ablehnung WoV auf Kantonsebene wurde in Frage gestellt.
- Die eng mit der WoV-Vorlage verknüpfte Parlamentsreform müsse zuerst vollzogen werden.
- Führen der Verwaltung mit zwei Systemen. Der Arbeitsaufwand für Parlament und Verwaltung sei nicht vertretbar und nicht transparent.
- Das Projekt WoV sei nach anfänglich positivem Start zu lange verzögert worden.
- Über allem stand die zentrale Frage: Was bringt WoV?

In den Diskussionen hat sich auch immer wieder gezeigt, dass es unterschiedliche Vorstellungen über das Ziel und die Funktionsweise von WoV gibt.

Die einen sahen oder sehen hinter WoV eine reine Sparvorlage, die andern befürchteten eine Stärkung der Verwaltung oder die Abgabe der parlamentarischen Kontrolle und andere wiederum glaubten, dass die gleichen Resultate punkto Transparenz von Leistungen und Kosten mit einer guten Chefin oder einem guten Chef auch ohne WoV erreicht werden könnten und dass die Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung (KLR) vollauf genügen würde.

Zur KLR möchte ich nur so viel sagen, dass sich der SR dahingehend geäußert hat, so oder so die Einführung einer KLR zu beabsichtigen. Allerdings gilt die KLR als internes Führungsinstrument, welches nicht für die Berichterstattung an das Parlament gedacht ist. Damit haben wir auch keine Handhabe oder Instrumente, um über eine KLR die Leistungen oder die Wirkungen der Verwaltung zu steuern.

Ich bin mir auch heute noch nicht sicher, ob wir alle das gleiche Verständnis vom Steuermechanismus der Verwaltung über das Dreieck Kosten/Leistung/Wirkung, also vom Grundprinzip von WoV haben.

Aus diesem Grund erlaube ich mir, anhand des einfachen Beispiels *Kochen mit und ohne WoV* die Funktionsweise von WoV aufzuzeigen.

Das Kochen mit dem bisherigen System (ohne WoV) funktioniert nach dem Grundsatz "Input gesteuert", das heisst wir haben zum Beispiel folgende Positionen:

10 kg Rüebli Fr. 25.--
5 kg Erbsli Fr. 40.--
20 kg Kartoffeln Fr. 40.--
5 kg Fleisch Fr. 50.--
2 kg weisse Schokolade Fr. 20.--
2 kg braune Schokolade Fr. 10.--
1 l Vollrahm Fr. 15.--
Total Fr. 200.--

Der Auftrag lautet: Mit dem Input ein Menü kochen. Das Menü entscheidet der Koch, zum Beispiel sein Lieblingsmenü: Braten mit Bratkartoffeln, Gemüseintopf und 2 Sorten Schoggimousse. Der Wunsch des Gastes bleibt dabei unklar.

Was heisst dies in unserer Praxis? Der Auftrag an den Koch ist die gesetzliche Grundlage/Weisung, dass er seinen Auftrag überhaupt ausführen kann. Das Menü, der Output oder die Dienstleistung ist nach Gutdünken der Bereichsleitung erstellt worden. Der Wunsch des Gastes ist nämlich die Vorstellung des Parlaments, was aus diesen einzelnen Positionen entstehen soll.

Wie steuern wir als Parlament heute? Falls Erbsli oder Rüebli nicht passen, streichen wir diese Budgetpositionen und können nicht steuern, was wir anstelle davon auf dem Speiseplan haben möchten.

Das Kochen "Output gesteuert" würde bedeuten, dass wir ein Globalbudget mit Fr. 200.-- beschliessen und vorher den Menüwunsch im Parlament nachfragen, was dann der politischen Auseinandersetzung entsprechen würde. Unter Umständen käme mit dem gleichen Frankenbetrag und mit den gleichen Zutaten ein anderes

Menü heraus: Geschnitztes, Gemüsegratin und Schoggicrème.

Wie kann das Parlament jetzt das System steuern? Wir kennen die Wirkung, nämlich das neue Menü, das wir aufgrund der Umfrage mit dem Parlament zusammengestellt haben, und wir steuern den Kundenwunsch über die Erfüllung des Auftrages, über die Qualität und die Quantität, nämlich über die Leistung, über die Kundenzufriedenheit, die Wirkung und über die Einhaltung des Budgets.

In der Diskussion der SPK entstand immer das Problem, dass wir uns bei der Erklärung der Funktionsweise in Details verließen, ob jetzt dieser oder jener Indikator richtig oder falsch sei.

- Gegenüberstellung alt/neu
Zur weiteren Veranschaulichung des Systems und vor allem, was sich ändert gegenüber dem traditionellen System, wie die WoV-Pilotabteilungen geführt wurden und nach dem System, wie wir es heute beraten, liegt eine Gegenüberstellung auf den Pulten.
- Auswertung - Was hat WoV in Bezug auf Finanzen und Leistung gebracht?
Eine weitere Kernfrage war, welche Erfahrungen und Lehren aus den WoV-Pilotbetrieben gezogen wurden und was die Pilotphase in Bezug auf Finanzen und Leistungen gebracht hat.

Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass alle Bereichsleitungen angaben, dass der Pilotbetrieb Fortschritte gebracht habe. Dies vor allem in den Punkten Kundenorientierung, Innovationen bei gleichen Kosten, als Auslöser für neue Qualitätssysteme, und in der Zusammenarbeit mit der GPK oder dem Parlament, da bei den Diskussionen der Fokus auf die Leistungen gerichtet war.

Zu den Kritikpunkten der Bereichsleitungen gehörte bei den Bereichsleitungen der Mehraufwand für die Administration und die Buchführung mit zwei Systemen. Es gab ganz klar keine Kosteneinsparungen, daher ist es keine Sparvorlage.

Aufgrund dieser Erkenntnisse und nach der am 10.01.06 im Parlament geführten Diskussion zu „WoV, wie weiter?“ erhielt der Stadtrat den Auftrag, die geänderten Bedingungen in die Vorlage einfließen zu lassen.

Bedürfnisgerechte Einführung bedeutet gemäss den Voten aus der Parlamentsdebatte: Dort wo WoV Sinn macht dort, wo sich die WoV-Investition lohnt. Die Aussprache im Parlament ergab zudem, dass, solange die Stadt aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen keine flächendeckende WoV-Einführung planen kann, nur die am besten geeigneten Bereiche nach WoV-Grundsätzen geführt werden sollen. Zusammen mit dem WoV-Steuerungsausschuss hat der Stadtrat eine Priorisierung der Bereiche vorgenommen, welche Eingang in die Vorlage fanden. Das Beurteilungsraster liegt zur Veranschaulichung ebenfalls auf.

Vor diesem Hintergrund stellte der SR den Antrag zur Einstellung der Pilotversuche per 31.12.06. Das Parlament genehmigte am 20.06.06 diesen Antrag und reduzierte die Pilotbeteiligungen von fünf auf eine Abteilung.

Geänderte Anträge durch die SPK:

Aus all diesen Diskussionen resultierten folgende geänderte und neue Anträge:

Antrag 1: Unverändert

Antrag 2: Änderung der Inkraftsetzung auf Voranschlag 2009, die vorgeschlagenen Bereiche entsprechen der ursprünglichen Vorlage.

Antrag 3: Änderung der Inkraftsetzung auf 01.01.08

Antrag 4: Ergänzung der Geschäftsordnung mit den Artikeln 54a und 54b, welche die Planungsempfehlung und den –auftrag beinhalten. Dabei hat die Kommission die Zweidrittelmehrheit korrigiert. Neu reicht für einen Planungsauftrag eine einfache Mehrheit. Zusätzlich wird eine Planungsempfehlung bei der zweiten Aufforderung an den SR bei einer Zweidrittelmehrheit direkt in einen Planungsauftrag umgewandelt (Details gemäss Skizze, die den geänderten Anträgen beigelegt ist).

Antrag 5: Darüber wurden längere Diskussionen geführt. Einigkeit über die Einsetzung von Fachkommissionen herrschte jedoch sehr bald. Infolge der engen Verknüpfung mit der laufenden Parlamentsreform fliesst dieser Antrag als Empfehlung in die SPK-Parlamentsreform ein.

Antrag 6: Auch hier herrschte Einigkeit über die Einführung von Jahresgesprächen, die Detailregelung fliesst ebenfalls in die SPK Parlamentsreform.

Antrag 8 (alt): Der bestehende WoV-Steuerungsausschuss wurde mit 10:2 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, aufgehoben.

Antrag 8 (neu): Neubeurteilung über Teileinführung WoV spätestens mit WoV-Jahresabschluss 2012.

Antrag 9 (neu): Es wurde ausführlich über ein Bonus-/Malussystem diskutiert. Die SPK war sich jedoch mit wenigen Ausnahmen einig, dass keine WoV-Fonds eingeführt werden, in denen erwirtschaftete Gewinne unter Einhaltung der Qualitätsvorgaben geöffnert werden sollen und zur Verbesserung der betrieblichen Massnahmen eingesetzt werden können.

Antrag 10 (Zwischenfassung): Diese Fassung ist Ihnen nicht bekannt. Die SPK hat nach längerer Diskussion erkannt, dass die sogenannte Startaufstellung nicht abschliessend von der SPK verabschiedet werden kann, da sie nicht das geeignete Gremium zur Führung der politischen Diskussion ist. Der eigentliche Zündstoff liegt in den Leistungsaufträgen, zusammen mit den Wirkungs- und Leistungsindikatoren. Die Startaufstellung wird dem GrSR zur Kenntnis vorgelegt und dann kommt der WoV-Mechanismus mit Planungsempfehlung und -auftrag zum Tragen.

Antrag 10 (neu): Zustimmung kann nur unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantonsrats stattfinden.

Nach teilweise klaren Abstimmungsergebnissen zu den einzelnen Anträgen wurde in der Schlussabstimmung der gesamten Vorlage mit 8:6 Stimmen, bei einer Abwesenheit, zugestimmt.

4. Schlussbetrachtung

Wir behandeln heute ein Geschäft aufgrund eines Parlamentsbeschlusses aus dem Jahr 2002, das den SR beauftragte, WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen einzuführen. Der SR hat dann im Jahr 2005 mit der Einsetzung der neuen Führungs- und Aufgabenstruktur einen ersten Schritt in Richtung WoV

gemacht.

Gleichzeit hat er im Jahr 2005 den neu zusammen gesetzten Steuerungsausschuss einberufen. Dieser hat zusammen mit dem SR, der Verwaltung und dem externen Berater die vorliegende Vorlage vorbereitet und stand – ausser in einigen wenigen Punkten, die nun die SPK korrigiert hat – einstimmig hinter dieser Vorlage.

In der SPK wurde die Vorlage - wie eben vorgestellt - noch einmal von Grund auf durchgearbeitet. Dabei wurde wieder sehr viel Energie in die Grundsatzdiskussion *Für oder gegen WoV* gesteckt.

Viel lieber hätte ich gesehen, wenn die Chance, die uns das neue Steuerungsmodell bietet, gepackt worden wäre und mit gleich viel Energie in die Umsetzung des Auftrages – nämlich: Wie ist WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen einzuführen? - gesteckt worden wäre.

Es wäre aus meiner Sicht falsch, wenn wir nun der Vorlage nicht zustimmen oder gar Nichteintreten beschliessen würden. Wir rauben nämlich damit dem neuen Parlament die Chance, mit dem System WoV Erfahrungen für eine neue Steuerung der Verwaltung zu gewinnen.

Zudem glaube ich, dass es politisch nicht opportun wäre, in den nächsten vier bis acht Jahren eine Vorlage, welche die Steuerung der Verwaltung transparenter gestalten würde, vorzulegen.

Geben wir dem neu bestellten Parlament im Jahr 2012 die Chance, aufgrund von fundierten Erfahrungen sich für oder gegen WoV zu entscheiden. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SPK auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. “

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung *

”Wir führen heute eine interessante Debatte über ein sehr komplexes Geschäft. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die befürwortenden und ablehnenden Haltungen - zumindest soweit ich beurteilen kann - nicht den Fraktionslinien entlang aufgereiht, sondern bunt im Plenum verteilt sind. Wir erleben demnach wieder einmal die erfreuliche, aber leider allzu seltene Situation, dass die Meinungen nicht flächendeckend vorgefasst sind, sondern der Verlauf der heutigen Debatte und die Überzeugungskraft der einzelnen Voten das Abstimmungsresultat entscheiden werden. Zur Bekräftigung dieser Ausgangslage erlaube ich mir gleich zu Beginn, Ihnen kurz die Meinungsgeografie der **SP/AL-Fraktion** zu skizzieren:

Ich selbst spreche für eine mehr oder weniger grosse Gruppe von kritischen Fraktionsmitgliedern, die die Vorlage ablehnen und deshalb nicht auf sie eintreten werden. Eine zweite, mehr oder weniger kleine Gruppe unterstützt die Vorlage und wird ihr zustimmen. Das flammende Votum dazu wird Ihnen Christoph Schlatter etwas später präsentieren.

Das nun zweimal erwähnte “mehr oder weniger” leitet sich von der dritten Gruppe ab, die sich ausdrücklich vorbehalten hat, den Entschied von der heutigen Debatte abhängig zu machen, sodass ich nicht ganz sicher bin, ob ich Ihnen jetzt eine Mehrheits- oder eine Minderheitserklärung abgebe. Zugunsten einer möglichst offenen Meinungsbildung hoffe ich, dies sei auch bei den anderen Fraktionen so und freue mich auf eine angeregte Diskussion.

Zur Sache zuerst ein kurzer Rückblick:

Wie bekannt und bereits gehört, führte die Stadt seit etlichen Jahren einige Abteilungen im WoV-Pilotbetrieb, worauf sich das Parlament 2002 für die flächendeckende Einführung entschieden hat. Ich war damals kritisch gegenüber WoV eingestellt und habe dagegen gestimmt. Nach dem Entscheid habe ich mich jedoch engagiert mit der Materie auseinandergesetzt, weil ich der Meinung war, dies sei unsere parlamentarische Zukunft. Sie haben dies ja nachhaltig miterleben dürfen. Dabei ist es mir vor allem darum gegangen, zu verstehen und wenn möglich positiv zu verändern.

Welches waren nun meine Erfahrungen?

Zum Teil habe ich durchaus Positives erlebt. Dazu gehört ganz sicher der direkte Kontakt zu den jeweiligen Leitungspersonen aus Anlass der WoV-spezifischen Sitzungen in der GPK. Kleiner Exkurs: Diese Qualität wurde im Übrigen auch in der Umfrage bei den Wov-Pilotabteilungen mehrfach positiv erwähnt, weshalb unabhängig vom Ausgang der Abstimmung neue Formen der Zusammenarbeit gesucht werden sollten. Ich zitiere hierzu den Leiter des Stadtarchivs, welches neu keine WoV-Abteilung mehr sein wird: *Austausch war wertvoll, sollte auch ohne WoV stattfinden.*

Zum Teil war es dank hartnäckigem Nachfragen und Dranbleiben auch möglich, dass ich vertiefte Einblicke erhielt und gewisse Prozesse besser verstehen konnte. Dabei konnte ich aber auch feststellen, dass die Definition von Wirkungen, Leistungen, Indikatoren und so weiter noch keine Garantie für mehr Transparenz sind. So hat mich über Jahre das seltsame Verhältnis zwischen Leistungsziel und Kosten bezüglich der Aktivierung im Altersheim Steig gestört und erhielt nur immer die Antwort, dass das Leistungsziel erfüllt sei: Zwei Aktivierungen pro Tag! Fertig. Erst im allerletzten Umgang haben wir endlich gefragt, was denn mit Aktivierungen überhaupt gemeint sei und erst mit der überraschenden Antwort war auch eine sinnvolle Diskussion möglich geworden.

Mindestens zweimal haben wir auch ganz direkt Einfluss genommen, nämlich einmal als es um die Restaurierung gefährdeter Bestände im Stadtarchiv ging und dann als wir den Indikator "Erwähnung in Todesanzeigen" im Altersheim Steig verhindern konnten.

Aus diesen vielleicht nicht ganz vollständigen Aufzählungen wird andererseits ersichtlich, dass sich unser Parlament in diesen ganzen Jahren - mit Ausnahme bei der WoV-Grundsatzfrage - herzlich wenig mit den WoV-spezifischen Unterlagen befasst hat. Es wurden kaum Fragen gestellt, und es wurde praktisch nicht WoV-mässig gesteuert.

Durch die vertiefte Beschäftigung mit WoV habe ich mich jedoch nicht zum fundamentalen WoV-Gegner gewandelt, sondern eher - soweit das möglich war - zum geläuterten Praktiker. In diesem Sinne war ich auch auf den nächsten Schritt gespannt und habe interessiert auf die stadträtliche Vorlage gewartet. Die rechtlichen Grundlagen als Voraussetzung für die Gesamteinführung schienen vorläufig vom Tisch zu sein und die Stadt musste sich neu orientieren. Mit der Vorlage zur teilweisen Einführung des WoV-Betriebes hat der Stadtrat den Versuch gewagt. Beim persönlichen Studium und während den Debatten in der Spezialkommission zeigte sich aber eindrücklich, dass der Versuch gescheitert und die Übung deshalb besser abzubrechen ist, und zwar jetzt und nicht allenfalls erst nach weiteren vier kostspieligen Jahren.

Wie komme ich zu diesem Schluss? Neben vielen Details möchte ich vor allem drei Punkte anführen:

1. Zu meiner eigenen Schande muss ich eingestehen, dass ich erst zum Ende hin bemerkt habe, dass das Kernstück der ganzen WoV-Geschichte im Globalbudget liegt. Nur dieses Instrument schafft zwischen Parlament, Exekutive und Verwaltung wirklich neue Verhältnisse. Alles andere kann auch ohne WoV erreicht werden, so die ganz wichtige Einführung einer gezielten Kosten-/Leistungsrechnung als internes Führungsinstrument und die damit verbundenen Entwicklungen der Verwaltungskultur oder die verbesserte, beziehungsweise zusammengeführte Darstellung von Kosten und Leistungen in Jahresrechnung und Geschäftsbericht.

Da das Globalbudget nun aber sehr viel mehr Handlungsspielraum an den Stadtrat und seine Verwaltung übergibt und damit Einflussmöglichkeiten und Kompetenzen vom Parlament entfernt, sind zur Herstellung des Kräftegleichgewichtes neue Instrumente nötig. Die wirkungsorientierte Verwaltung im Allgemeinen und unser Stadtrat haben sich redlich darum bemüht, dies zu bewerkstelligen und glaubten, über die parlamentarische Steuerung des magischen Dreiecks Kosten/Leistung/Wirkung vermeintlich das Ei des Kolumbus gefunden zu haben.

Wer nun aber die Vorlage genau studiert, bemerkt rasch, dass diese Steuerung dem Stadtrat selbst nicht recht geheuer ist, kann sie doch recht stark in die operative Ebene eingreifen. Der Stadtrat wollte diesem Umstand mit dem erwähnten und von der SPK entfernten Zweidrittelmehr begegnen und so nur das ohnehin Unumstrittene zulassen. In der SPK sind wir dann aber noch weiter gegangen und haben meines Erachtens völlig zu Recht und der WoV-Logik entsprechend gefordert, dass, wenn wir als Parlament neu über den Output, das heisst über Leistungen und Wirkungen steuern sollen, müssen wir auch die diesbezügliche Startaufstellung nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern als Auftraggeber genehmigen. Dem Stadtpräsidenten hat das eingeleuchtet, und er hat den Auftrag mitgenommen und einen Vorschlag unterbreitet.

Dieser Vorschlag liegt vor Ihnen. Die Vorlage bestätigt diesen Eindruck. Der Stadtrat will den erhöhten Handlungsspielraum, er ist auch bereit soweit möglich mehr Transparenz zu schaffen, aber er fürchtet die neuen Steuerungsmöglichkeiten, wie der Teufel das Weihwasser. Und jetzt erstaunen sie nicht: Er fürchtet sich völlig zu Recht. Diese neue Steuerungsebene liegt zum Teil tief im Operativen, der Ansatz steht damit im Widerspruch zum erklärten Grundziel, das Parlament wieder vermehrt der strategischen Ebene, beziehungsweise dem "Politik machen" zuzuführen.

Wie erwähnt, habe ich das erst ganz am Schluss bemerkt, als ich mich über diese unsägliche stadträtliche Startaufstellung geärgert habe. Er hat uns dabei zugestanden, dass wir zum Beispiel über die Rechtsgrundlagen bestimmen können oder den esoterischen Teil der Wirkungsdefinition, aber er hat uns gleichzeitig von den eigentlichen Kernstücken ausgeschlossen, als da sind die Definition der Wirkungsziele, der Leistungsziele, der Mengen und der Indikatoren der Produktegruppen. Das heisst zum Beispiel, dass die Verantwortlichen bei der Produktegruppe "Kulturförderung und Stadttheater" den Leistungsauftrag jährlich anpassen könnten und zwischen Stadttheater und Förderung finanzielle Verschiebungen möglich wären, das Parlament aber nur darüber befinden kann, wie hoch der Saldo in der Grundausstattung sein darf.

Meine Lehre daraus lautet deshalb wie folgt: Das Angebot von WoV, dem Parlament

im Handel gegen das Globalbudget die Türe zum Operativen etwas zu öffnen, ist nicht im Detail der Umsetzung, sondern im Grundsatz falsch. Dieser Ansatz vermischt die Ebenen und schafft Unklarheit anstatt Transparenz. Die Folge sind entweder Abwehrmechanismen gegen übereifrige ParlamentarierInnen oder infolge Überforderung die nicht Wahrnehmung der neuen ziemlich komplexen Instrumente.

Nebenbei sei erwähnt, dass die neuen Instrumente und Prozesse aufgrund der Budgethoheit des Parlamentes ohnehin links oder rechts überholt werden können. Wer nämlich gutgläubig annimmt, mit WoV würden Schnellschüsse, Kurzschlüsse und weitere Budgetattacken verunmöglicht, der irrt gewaltig. In der aktuellen WoV-Vorlage der Regierung finden Sie im Anhang den Entwurf für den neuen Artikel 31 des Finanzhaushaltsgesetzes.

Dort heisst es in Art. 31a, Abs. 3 ich zitiere:

Bei einer Änderung des Leistungsauftrages oder der Leistungen ist das Globalbudget entsprechend anzupassen. Soweit bei den Beratungen des Voranschlages Änderungen des Leistungsauftrages oder des Globalbudgets beantragt werden, hat der Regierungsrat die Auswirkungen des Antrages aufzuzeigen.

Und in der Vorlage auf Seite 17, ich zitiere:

Schliesslich besteht zudem nach wie vor die uneingeschränkte Möglichkeit, im Rahmen der Beratungen des Budgets im Kantonsrat (auch) bei WoV-Dienststellen entsprechende Änderungsanträge zu stellen. Diese Änderungsanträge haben entweder das Globalbudget oder den Leistungsauftrag zu betreffen. Der Regierungsrat hat in einer Stellungnahme die jeweiligen Auswirkungen aufzuzeigen. Dieser Mechanismus ist in Art. 31a Abs.3 FHG ausdrücklich festgehalten.

Das Parlament wird also in der Budgetdebatte - und ich habe mich diesbezüglich beim Kanton erkundigt - problemlos Hauruckübungen durchführen können im Sinn von *Kürzung des Globalbudgets des Bereichs XY um 25%*. Es wird sogar in einer Hauruckübung direkt den Leistungsauftrag beeinflussen können, und zwar bis in diejenigen Teile hinein, die uns in der Startaufstellung vorenthalten waren; das heisst zum Beispiel Kürzung der Anzahl bewilligter Gesuche an Kulturschaffende von rund 80 auf ungefähr 60.

2. WoV weckt falsche und ganz unterschiedliche Erwartungen. Wer in der SPK mitgearbeitet hat, konnte bis ins Letzte erleben, wie grundverschieden die Erwartungen an WoV in unserem Parlament sind:

- Die einen sehen darin nichts anderes als ein Sparinstrument und wollen nichts anderes als ein konkretes Einsparpotential.
- Andere möchten vor allem das unternehmerische Denken und Handeln der Bereichsleitungen fördern und wollen deshalb möglichst wenig Kontroll- und Steuerungseinflüsse zulassen. Was zählt, ist in erster Linie der unternehmerische Erfolg zum Ende des Jahres.
- Dritte freuen sich über erhöhte Transparenz, sie wollen mehr und besseres Wissen, um dann direkter und besser steuern zu können.
- Der Stadtrat will fast alles davon auch, nur ist nicht ganz klar, wie viel von welchem.

Bei diesen Erwartungen geht allerdings vergessen, dass im Vordergrund die Frage stehen muss, ob mit der WoV die Verwaltung und die politische Steuerung der Stadt

besser wird. Diese Annahme habe ich mit Punkt 1 bereits einlässlich bezweifelt.

3. Hier streue ich wieder Asche aufs Haupt, weil ich wieder erst bei der Beschäftigung mit der Vorlage und in der SPK festgestellt habe, dass eine Teileinführung WoV ein Unding ist. Es schafft in der städtischen Verwaltung zwei Kulturen, solche mit mehr Handlungsspielraum und solche ohne, das gleiche gilt für die Zusammenarbeit zwischen Parlament und Verwaltung, was der Transparenz nicht förderlich, sondern hinderlich sein wird. Ich bin deshalb ganz dezidiert der Ansicht, dass die WoV entweder ganz oder gar nicht einzuführen sei. Da es Stimmen gab, die nahe legen wollten, der Kanton werde die gesetzlichen Grundlagen dann schon bald schaffen, sodass wir bei erfolgreichem Versuch dann flächendeckend werden könnten, habe ich beim Kanton nachgefragt. Mir wurde mitgeteilt, dass der Kanton aufgrund der negativen Volksabstimmung in absehbarer Zeit keineswegs plane, die gesetzlichen Grundlagen für eine Gesamteinführung beim Kanton zu schaffen, sondern sich auf die Teileinführung beschränken werde.

Gleichzeitig habe ich bei dieser Anfrage aber gelernt, dass mit dem neuen Art. 31d des Finanzhaushaltsgesetzes (falls er in der vorgelegten Form in Kraft treten sollte) die rechtlichen Grundlagen für eine flächendeckende Einführung der WoV in der Stadt bereits gegeben wären. Ich weiss nun nicht, hat der Stadtrat darum gewusst und uns nicht darüber informiert oder habe nur ich nicht davon gewusst oder hat gar niemand davon gewusst. Wie dem auch sei, aus Punkt 3 meiner Kritikpunkte folgt, dass - wenn wir uns heute für die Vorlage aussprechen sollten - damit der Auftrag für die Gesamteinführung gemeint sein muss. Alles andere macht keinen Sinn.

Fazit:

Nehmen wir den Ball auf, und damit meine ich Parlament und Exekutive. Verschaffen wir dem Stadtrat mehr Handlungsspielraum, indem wir im Rahmen der Parlaments- und Verfassungsrevision die Finanzkompetenzen erhöhen, schaffen wir mehr Transparenz und bessere Führungsinstrumente durch eine zweckmässige Einführung von Kosten-/Leistungsrechnungen und eine verbesserte Berichterstattung. Lassen Sie uns ebenfalls in der Parlamentsreform neue Formen für den direkten Kontakt und Austausch zwischen Parlament und Verwaltung finden. Lassen Sie uns diese Entwicklungen nicht nur für den WoV-Betrieb, sondern für die gesamte Verwaltung erreichen.

Damit dies möglich wird, brauchen wir freie Köpfe und reinen Tisch. Lassen wir somit die Führungsverantwortung dort, wo sie jeweils hingehört und Sinn macht.

Ich bitte Sie deshalb, die meines Erachtens verknorzte und letztlich bürokratiefördernde WoV-Vorlage abzulehnen. Übergeben wir sie gemeinsam hier und heute der Geschichte. “

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung *

”Diese Vorlage spricht von einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung. In der Bundesverwaltung spricht man von FLAG „Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget“. Mir gefällt dieser Ausdruck um einiges besser, bringt er doch die Sache auf den Punkt. Damit hätte ich auch schon gesagt, dass ich hier im Gegensatz zu meinem Vorredner für einen Philosophiewechsel Parlament – Verwaltung plädieren werde.

Mit WoV - oder eben FLAG - verfolge ich folgende Ziele:

1. Leistungsziel: Präzise Output-Vorgaben, nach dem Beispiel von Martin Egger würde es nie Randensalat geben, da ich diesen nicht ausstehen kann.
2. Flexibilitätsziel: Globalbudget mit mehr betrieblicher Selbständigkeit
3. Führungsziel: Erhöhung der Führungsverantwortung
4. Kulturziel: Veränderung des Qualitätsdenkens und damit Ausrichtung auf die Kundenbedürfnisse und Bildung einer Vertrauenskultur
5. Kostenziel: Stärkung des Kostenbewusstseins und Einsparungen ohne Leistungsabbau

WoV führt die Verwaltung näher zum Kunden und schafft mit Transparenz Vertrauen bei der politischen Führung. Ich kann es auch plakativ formulieren: Leistungsauftrag gegen Ressourcenverwaltung.

Was heisst WoV für mich als Politiker?

- Ermöglicht strategische Führung: Was wollen wir?
- WoV erhöht die Transparenz: Welche Leistungen zu welchen Kosten?
- WoV steigert die Effizienz oder ermöglicht den Verwaltungseinheiten, nicht nur auf Veränderungen flexibel zu reagieren, sondern auch Vorgaben des Rates oder der Stadträte individuell effizient umzusetzen.

Die Kritiker und vielleicht auch selber Unternehmer werden mir jetzt sagen, dass ein guter Chef dies alles auch ohne WoV macht. Sicher haben Sie in gewissen Bereichen nicht Unrecht. Aber genau hier liegt wieder ein Unterschied: Als Unternehmer bin ich mir oder vielleicht auch meinem Verwaltungsrat gegenüber verantwortlich. Als Chef einer Verwaltungseinheit habe ich wohl eine Aufgabe, aber sehr oft auch noch viele andere Vorgesetzte, die sehr gerne den Misserfolg delegieren und sich aber beim Erfolg selber gerne in die Sonne setzen. Warum soll ich mich als Vorgesetzter bei meinen Leuten in die Nesseln setzen?

Eines möchte ich auch als Befürworter von WoV-Betrieben festgestellt haben: In der Verwaltung hat in den letzten Jahren ein massives Umdenken stattgefunden und das Bestreben *Näher zum Kunden (sprich Bürger)* ist offensichtlich, und ich möchte dies hier auch als positive Entwicklung deponieren. Aber gerade auch diese Entwicklung motiviert mich, ja zu WoV zu sagen. Mit diesem Mittel gebe ich nämlich dem guten Vorgesetzten noch mehr Spielraum, sein Amt in diesem Sinne zu entwickeln. Für die zögerlichen Ämter oder Vorgesetzten habe ich aber ein griffiges Mittel oder Instrument, die Tätigkeit direkt zu beeinflussen.

Mit einem Leistungsauftrag bezeugen Sie als politischer Vorgesetzter auch, dass Sie bereit sind, die eingangs erwähnten Zielsetzungen auch zu leben.

An der Vorlage gibt es aus meiner Sicht diverse Schwachpunkte:

- Einführung von im Moment zeitlich unbegrenzten WoV-Versuchsbetrieben.
- WoV sollte auch eine bessere Nutzung des Steuerfrankens bedeuten. Warum kostet die Einführung Fr. 275'000.--?
- Die Prozesse beurteile ich teilweise noch als sehr schwerfällig und die Kommissionsmitglieder tun sich sehr schwer, das operative Geschäft aus den Händen zu lassen. Der Glaube, mit dem Budget die Verwaltungsführung in

Detailbereichen konkret zu steuern und zu beeinflussen, ist nach wie vor vorhanden.

- Zwei Arten von Betrieben, das heisst Betriebe mit oder ohne WoV schaffen eine gewisse Ungerechtigkeit.

Trotzdem sind dies keine unüberwindbaren Schranken und Verbesserungspotential ist vorhanden, das es nur anzupacken gilt. Auch gilt es nicht zu vergessen, dass unser Parlament massiv kleiner wird, und wir Verantwortung delegieren müssen, ob wir wollen oder nicht. Mit dem Leistungsauftrag geben wir uns ein klares Führungsmittel in die Hand. Auch sind wir überzeugt, dass die Führung mit Leistungsauftrag und Globalbudget der richtige Weg in die Zukunft ist.

Ob ich mit meiner Erklärung jetzt die Mehrheit oder die Minderheit der Fraktion vertreten habe, wird die Abstimmung zeigen. Im Moment vertrete ich die knappe Mehrheit. Es gibt aber noch diverse Enthaltungen, und ich hoffe, dass sich diese zu unseren Gunsten entscheiden werden. Liebe Befürworterinnen und Befürworter, geben Sie Gas, bei meiner Fraktion sind noch Stimmen zu holen. Mit Teilen meiner Fraktion empfehle ich Ihnen, der Vorlage zuzustimmen. “

Bernhard Egli (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung *

”Die Vorlage zur Einführung von WoV könnte zügig beantwortet werden, denn den Grundsatzentscheid von WoV hat der Grosse Stadtrat bereits vor fünf Jahren gefällt. Die OeBS hatte für die kantonale flächendeckende Einführung von WoV die Nein-Parole gefasst, aus drei Gründen:

WoV soll nicht flächendeckend eingeführt werden, also nicht “ghaue oder gstoche” auch für WoV-ungeeignete Verwaltungsabteilungen “durchgestiert” werden. Diese Forderung ist hier nun erfüllt. Die Kehrtwende, die von Kurt Zubler am Schluss noch aufgeführt wurde, dass er jetzt doch wieder eine flächendeckende Einführung wolle, kann ich nicht nachvollziehen. Wir haben lange genug über Abteilungen, die nicht geeignet wären und über die man ein künstliches Korsett stülpen würde, gestritten. Darüber müssen wir nicht weiter diskutieren. Jetzt wurde sehr detailliert eine Gruppe von Bereichen definiert, wo in einem ersten Schritt WoV eingeführt und umgesetzt werden soll. Nach einem gewissen Zeithorizont wird man erneut über die Bücher gehen müssen.

Eine definitive WoV-Einführung muss von einer adäquaten Parlamentsreform begleitet sein, insbesondere der Einführung von Fachkommissionen. Wir wurden in unseren Bestrebungen im Kantonsrat leider von keiner anderen Fraktionen unterstützt, sondern haben erst im Nachhinein ein gewisses Schulterklopfen erhalten. Aber als es darum ging, die Strukturen zu verbessern, waren wir alleine. Diese Forderung von Fachkommissionen war im Stadtparlament immer sehr offen und vom SR sehr förderlich unterstützt worden. Das ist jetzt in der Vorlage enthalten und entspricht auch der zentralen Forderung von uns, WoV seriös begleiten zu können.

Die WoV-Einführung macht nur dort Sinn, wo auch die Verwaltungsstrukturen überarbeitet und zweckmässig angepasst werden. Diese Forderung wurde vom SR frühzeitig und umfassend umgesetzt, ganz im Gegensatz zum Regierungsrat.

Für die **OeBS/EVP-Fraktion** sind die Hürden für die definitive WoV-Einführung gemäss Vorlage abgebaut.

Auf kantonaler Ebene ist eine notwendige gesetzliche Anpassung zur definitiven Überführung einzelner Dienststellen in die WoV in Arbeit, die *Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes* in einer SPK, wo ich ebenfalls Einsitz habe und wo wir mit grosser Wahrscheinlichkeit weniger Sitzungen wie im Stadtparlament haben werden.

Wie nun im Detail diese definitive partielle WoV-Einführung umgesetzt, ausgestaltet und begleitet werden soll, war eine knifflige und vielschichtige Aufgabe.

Der schon seit vielen Jahren tätige WoV-Steuerungsausschuss hat diese Detailarbeit begleitet. Dies war, im Nachhinein betrachtet, meiner Meinung nach ein Fehler. Man hätte besser von Anfang an die SPK einberufen und mit dieser Aufgabe betraut. So ist es gekommen, dass Steuerungsausschuss und SPK nacheinander über lange Zeit dasselbe getan und wiedergekauft haben. Insbesondere wurden Dutzende Male die Grundsätze zur WoV-Einführung ja oder nein geführt, deren Grundsatz ja bereits am 17.09.02 gefällt worden war.

Dadurch ist inzwischen leider auch bei den WoV-Befürwortern der Enthusiasmus und das innere Feuer etwas erloschen. Es gibt aber zu gewichten, dass bei einer Ablehnung der WoV-Vorlage auch bisher sehr gut als WoV-Betrieb geführte Abteilungen, wie zum Beispiel die Stadtgärtnerei, wieder zum alten System zurück umgestellt werden müssten, also ein Scherbenhaufen zusammenzukehren wäre.

Ich möchte zum Eintreten nicht ins Detail gehen, sondern nur einige Aspekte hinzufügen:

Die Auswahl der Bereiche für den WoV-Betrieb wurde im WoV-Steuerungsausschuss sehr detailliert geprüft und in den Fraktionen diskutiert. Ich persönlich habe es bedauert, dass man die Steuerverwaltung wieder aus WoV entlassen hat. Aber das Thema wurde seriös überprüft, man hat Vorgaben erarbeitet, die überall einzuhalten sind und die nun vorgestellten Bereiche sollen gleichzeitig in den WoV-Betrieb überführt werden.

Das Instrument Planungsempfehlung/-auftrag wurde in der SPK noch etwas gestrafft und für das Parlament verbessert. Wesentlich auch für WoV ist die sich in Arbeit befindliche Parlamentsreform.

Schlussbemerkung:

Wenn wir ein Gesetz formulieren müssten, das für alle Ewigkeit "verhebet", wären wir wohl ewig mit Formulieren beschäftigt, um alle Eventualitäten zu berücksichtigen. Ich rufe Euch auf, doch etwas Mut zu haben, Neues zu schaffen und auftretende Schwachstellen vorweg zu verbessern und anzupassen. Damit könnten sich in Zukunft von 50 leider nur noch 35 Ratsmitglieder beschäftigen, und zwar mit einem neuen Verwaltungssystem. Wir sollten nicht immer am alten kleben bleiben. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung *

"Ich spreche vorerst noch für eine Fraktionsminderheit, bin aber wie Werner Schöni guter Hoffnung, dass sich allenfalls eine Mehrheit für diese Vorlage ergeben könnte.

WoV – Wirkungsorientierte Verwaltungsführung – ein Pilotprojekt überdauert seine Zeit oder Vom Verwaltungsreformprojekt hin zum Glaubenskrieg. So oder ähnlich könnte man die heutige Ratsdebatte, ja schon die Beratungen in der Spezialkommission und die Vorbesprechungen in den Fraktionen übertiteln.

Die Meinungen gehen auseinander; Emotionen prägen in einem sonst kaum gekannten Ausmass die Diskussionen, teilen die Parteien und Fraktionen – man könnte schon meinen, es ginge auch auf unserer Ebene um die Profilierung für die Wahlen ins Bundesparlament.

Immerhin sind wir im Zusammenhang mit dieser Vorlage von Komplott-Theorien und -Märchen, die zurzeit das eidgenössische Politbild prägen, verschont geblieben. Aber das ist denn auch schon alles, beinahe alles.

Vor Ihnen steht ein Befürworter, ein Bekenner des WoV, der diese Meinung bereits vor vielen Jahren, als der Pilot in der Stadt lanciert wurde, vertrat und dies auch begründet hat.

Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich dies emotionslos und sachlich getan habe. Daran wird sich auch heute nichts ändern.

Sie haben schon beinahe die gesamte Bandbreite möglicher Argumente pro und contra gehört. Ich gebe zu, es ist tatsächlich kein einfacher Entscheid.

Eines ist für mich aber klar: Heute muss entschieden werden. Pilotprojekte können nicht über Jahre geführt werden, ohne dass Pilot und Fluggerät flügelahm werden. Das gilt es zu vermeiden. Heute Abend, wenn wir diesen Saal verlassen, müssen die städtische Verwaltung und die Schaffhauser Öffentlichkeit wissen, wie es gemäss Ansicht des Grossen Stadtrates weiter gehen soll, selbst wenn es sich um einen knappen Entscheid handeln sollte. Hier haben wir politische Verantwortung wahr zu nehmen.

Welches sind nun aber die Gründe, weswegen ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung empfehle?

1. Die Konkordanz und das Kollegialitätsprinzip sind tragende Elemente unseres Regierungssystems auch auf der kommunalen Ebene. Beide haben sich seit Jahren bewährt, sind aber in den vergangenen Jahren aufgrund von Polarisierungsbestrebungen auf beiden Seiten des politischen Lagers mehr und mehr Spannungen ausgesetzt, die eine sachliche, einvernehmliche Lösung immer schwerer machen. Das Setzen klarer politischer Ziele ist in der so genannten grossen Koalition – wie man unser System im Ausland nennen würde – an immer schwieriger werdende, oftmals von Aussen gesetzte, nicht immer rational motivierte und gesteuerte Rahmenbedingungen gebunden. Das erschwert die Regierungsarbeit erheblich, bringt oftmals Verlässlichkeit und Rechtssicherheit in eine gewisse Schiefelage.

Die direkte Demokratie – nach wie vor bewährt und wie das Konkordanzsystem unverzichtbar – lassen in neuester Zeit auch strategisch unbedeutende Fragen politisch wichtig werden; sie werden damit dem politischen Management entzogen. Sie wissen es alle.

Hier bedarf es geeigneter Instrumentarien, welche die parlamentarisch-demokratische Steuerung der Verwaltung auf strategischer Ebene stärken, die Zielrichtung – wohlverstanden unter Beachtung des sensiblen und wichtigen Zusammenspiels mit den verfassungsmässigen Rechte des Volkes – verlässlicher formuliert und definiert sein lassen, um damit wiederum der Exekutive den notwendigen Handlungsspielraum zu gewähren, welcher die Führung eines grossen

Dienstleistungsunternehmens ganz einfach braucht, sofern es Erfolg haben soll.

Mit der Einführung von WoV wird das Parlament an der Verwaltungsführung in einer neuen Form und auf derjenigen Ebene beteiligt, welche eigentlich die richtige ist. Es erhält die Möglichkeit, die vom Stadtrat mit der Verwaltung ausgehandelten Wirkungs- und Leistungsziele mit zu gestalten und zu bestimmen, welche dann mit dem von ihm zu bewilligenden Globalkrediten verwirklicht werden können.

Es erhält auch die Möglichkeit, anhand von messbaren Standards und Indikatoren zu überprüfen, ob die gesetzten Ziele erreicht sind.

Das bedingt ein Umdenken von uns allen – weg von der Pflege von Details im Rahmen der Beratung des Inputs hin zu Output-orientiertem Denken, zu den Leistungszielen. Dies mag für Viele nach wie vor und verständlicherweise noch etwas fremd tönen, birgt aber immense Chancen politischer Gestaltung.

Es wird uns weit mehr als bis anhin gekannt Möglichkeiten eröffnen, politische Schwerpunkte in Bezug auf das Handeln der Verwaltung und das Erbringen ihrer Dienstleistungen zu setzen. Wir werden uns in der politischen Diskussion auf das Wesentliche konzentrieren können, die Details und die Umsetzung in einem gut durchdachten System der Stadtregierung und den verantwortlichen der Dienststellen überlassend.

Und genau das wäre nämlich die politische Aufgabe eines Parlamentes nebst der Gesetzgebung; hierauf haben wir uns zu konzentrieren. Es ermöglicht zudem dem Stadtrat, innerhalb dieser gesetzten strategischen Parameter, während des Jahres seine Verwaltung im Rahmen einer heute je länger je mehr auch im Bereich des öffentlichen Dienstes unabdingbaren Flexibilität im operativen Handeln zu führen. Auch die Verwaltung wird an Spielraum gewinnen, weil sie innerhalb des Leistungsauftrages und des Globalbudgets über den Mitteleinsatz zur Zielerreichung selbst bestimmen kann (unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und Aufträge, wie es sich von selbst versteht).

Die Konkordanz wird durch die gemeinsam von Parlament und Stadtrat beschlossenen politischen Zielsetzungen, die ihren Ausdruck in den Leistungsvereinbarungen zwischen Stadtrat und Verwaltung finden, gestärkt. Das operative Geschäft ist nicht mehr in allen Einzelheiten in direkter Abhängigkeit mit der Bewilligung einzelner Positionen innerhalb eines Budgets zu sehen und – so hoffe ich es wenigstens – abhängig von etwelchen, gerade aktuellen politischen Tagestrends.

2. Jeder Betrieb hat sich weiter zu entwickeln, muss seine Strukturen und Abläufe überprüfen, hat die Kosten-Leistungsanalyse nach modernsten Gesichtspunkten vorzunehmen.

Die Gesellschaft, die Wirtschaft, der öffentliche Dienst, wir alle sind einem dauernden dynamischen Prozess der Weiterentwicklung ausgesetzt. Wer bereit ist, seine diesbezügliche unternehmerische Verantwortung wahr zu nehmen, reüssiert und weiss sein Unternehmen auf gesunden Fundamenten gestützt.

Im öffentlichen Dienst soll es nicht anders sein; hier sprechen wir von Verwaltungsreform – ein grosses Wort, fürwahr, wenn man bedenkt, dass es gerne und oft, auch aus unseren politischen Reihen verwendet wird, bei konkreten

Umsetzungsvorschlägen dann wiederum ebenso gerne anders verstanden sein will, als man es ursprünglich postulierte.

Verwaltungsreform ist gemäss meiner Beurteilung auch in Schaffhausen angezeigt und WoV ist eine aus meiner Sicht zeitgemässe und auch bewährte Form der Verwaltungsführung, die uns dorthin bringen kann, wo wir uns in der sonst üblichen allgemeinen politischen Diskussion über Verwaltungsreform jeweils mindestens auf der abstrakten Ebene gerne sehen möchten und dies auch regelmässig monieren.

Ich lade Sie alle ein, nun die auch in diesem Saal so oft geäusserte Forderung nach Verwaltungsreform konkret umzusetzen, indem Sie der Vorlage zustimmen.

Wer Parlaments- und Verwaltungsreform fordert, dann aber nicht bereit ist, bei der Umsetzung mitzuwirken, läuft die Gefahr, als inkonsequent, allenfalls auch als in seinem Denken und Handeln widersprüchlich beurteilt zu werden. WoV ist ein taugliches Instrument, wenn man es so zur Anwendung bringt, wie es hier vom Stadtrat vorgesehen ist.

3. Ich spreche nicht nur aus Überzeugung, sondern auch aus Erfahrung (und unterscheide mich hier wohl von den meisten übrigen Votantinnen und Votanten). Im Erziehungsdepartement haben wir drei Dienststellen, die seit Jahren und nachweislich mit Erfolg WoV praktizieren. Es sind dies die Schulzahnklinik, das Berufsbildungsamt und die KSD.

Ich kann Ihnen versichern, WoV hat hier seinerzeit bei seiner Einführung einiges in Bewegung gebracht. Die Ergebnisse genannter Dienststellen können sich wahrhaftig sehen lassen. Nicht nur die Effizienz ist gesteigert worden, sondern auch die Qualität des Angebots, die Kommunikation mit der Kundschaft und die Art des Umgangs mit dem gesetzlichen Auftrag.

Die Führungsgespräche mit den Dienststellenleitern haben einen ganz anderen Gehalt, seitdem man sich bewusst ist, welche grosse Gestaltungsmöglichkeiten mit WoV eröffnet werden. Die Attraktivität der Führungsaufgabe ist deutlich gesteigert worden.

4. WoV ist nicht intransparent und in seinen Zielen unklar, wie oft in der politischen Diskussion behauptet wird. Absichten und Vorteile können nämlich auf einen einfachen äusserst transparenten und auch nachvollziehbaren Nenner gebracht werden.

Folgende generelle Zielsetzung liegt der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung zu Grunde: Die staatliche Leistungserstellung soll effektiv, effizient sowie bürger-, beziehungsweise kundenfreundlich sein.

Daraus resultieren wiederum folgende Umsetzungsziele:

- Entflechtung der politischen Führung und der betrieblichen Steuerung
- Verknüpfung der Leistung mit den Kosten
- Aufbau von Controllingprozessen

Ich möchte es noch einmal klar hervorheben: Das Parlament wird in Zukunft vermehrt politisch diskutieren und handeln können, sich nicht mehr bei Budget und Rechnung auf einzelne Positionen kaprizieren, sondern tatsächlich strategisch

steuern können, wenn es will.

Die parlamentarischen Instrumente sollen mit der Revision der Geschäftsordnung, welche von der SPK Parlamentsreform vorbereitet wird, implementiert werden.

Und vergessen wir eines nicht: Auch die vom Stadtrat vorgeschlagenen, von mir schon vor einigen Jahren geforderten jährlichen Gespräche zwischen Stadtrat und Fraktionen zur Festlegung der wesentlichsten politischen Zielsetzungen werden erst dann einen Sinn machen, wenn die Verwaltung zeitgemäss – eben mit Leistungsauftrag und Globalbudget – geführt werden kann.

Dies wiederum kann als eine deutliche Stärkung der demokratischen Prozesse und – ich betone es erneut – der Konkordanz gewertet werden.

Zeigen wir heute Mut und Weitblick, und unterstützen wir den Stadtrat und die städtische Verwaltung in ihrem Bestreben, den öffentlichen Dienstleistungssektor zu erneuern. Wir brauchen diese Reform, sie wird zum Nutzen unserer Stadt und ihrer Einwohner sein. “

Christoph Schlatter (SP)

Votum *

”Kurt Zubler hat Ihnen ein flammendes Votum von mir vorausgesagt. In Anbetracht des vielen Holzes in diesem Saal, wird es eher ein wirkungsvolles Votum oder ein Votum mit Wirkung sein.

Bei meinen Ausführungen möchte ich nicht auf die finanziellen Vor- und Nachteile eingehen, welche uns WoV bescheren wird. Ich werde auch nicht über den Sinn der formulierten Indikatoren, Produktgruppen und die Zuweisung und Auswahl der WoV-Abteilungen sinnieren. Diese Punkte werden mit grosser Wahrscheinlichkeit heute Abend von anderen Ratsmitgliedern im Zentrum ihrer Ausführungen stehen.

Da ich innerhalb der SP/AL-Fraktion einer kleinen Minderheit angehöre, die die Einführung von WoV befürwortet, und da ich mich schon seit 2004 etwas mit dem Thema beschäftigt habe, erlaube ich mir heute etwas länger zu sprechen als üblich. Meine Ausführungen habe ich in drei Teile gegliedert.

Im **1. Teil** geht es darum im Rahmen eines Rückblicks darzulegen, weshalb wir nach meinem Dafürhalten gegenüber 2004 substantiell nicht viel weiter gekommen sind.

Im **2. Teil** versuche ich aus meiner Sicht aufzuzeigen weshalb die Einführung von WoV nicht zwingend zum Verlust der parlamentarischen Einflussnahme und dadurch zu einem vermeintlichen Demokratieverlust führen muss.

Im **3. Teil** geht es mir noch um einige grundsätzliche Aspekte zur Thematik.

Am 16. November 2004 fand die 1. Sitzung des WoV-Steuerungsausschusses statt. Es ging damals um die Rolle der Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter in den WoV-Betrieben. Durch das Mitverantworten, das Mitdenken und das Mitgestalten solle einerseits ihre Tätigkeit aufgewertet werden und andererseits können sie ihre Ressourcen und Fähigkeiten noch gezielter in ihre Tätigkeit einfließen lassen, als dies in den bisherigen Strukturen möglich ist. Diese Punkte haben es mir angetan, denn aus eigener Erfahrung weiss ich, wie unbefriedigend es ist, wenn die eigenen Fähigkeiten aus organisatorischen Gründen nicht in die Gestaltung der eigenen

Tätigkeit einfließen können, wenn sie künstlich brach liegen und dies dann zu einer Unzufriedenheit und schliesslich zum Stellenwechsel führen kann. Diesem Aspekt der WoV-Einführung wird leider zuwenig Beachtung geschenkt.

Zu Beginn war mir das Thema WoV eher suspekt, und ich wusste weniger darüber als heute. Damals ging es darum sich mit einer neuen Fachtermini zu beschäftigen; beispielsweise worum es sich bei einem Produkt handelt: Ein Produkt entspricht einer bestimmten nach Aussen erbrachten Leistung, eine Produktgruppe wird im Wesentlichen festgelegt durch eine verbale Umschreibung, Leistungsziele und Indikatoren zur Erfassung von qualitativen und quantitativen Zielvorgaben sowie Kosten und Erlöse. Daneben standen die Leistungsindikatoren und -ziele, die innerhalb des WoV-Produktezirkels den Sollwert beinhalten, den so genannten Wirkungszielen und Wirkungsindikatoren gegenüber. Damals verstanden innerhalb des Steuerungsausschusses nicht alle das Gleiche unter diesen Begriffen. Heute wissen zum Glück alle hier im Ratsaal, wovon ich spreche.

Nachdem diese Begriffsklärung abgeschlossen war – bevor sie dann in der SPK als Déjà vu wie ein Bumerang nochmals stattgefunden hat – ging es darum zu klären, wer diese Begriffe mit Inhalt füllen soll.

Kann es die Aufgabe eines Milizparlaments sein, jeden einzelnen Indikator zu benennen?

Im August 2005 erhielten die Mitglieder des WoV-Steuerungsausschusses die Gelegenheit an Ausbildungsworkshops teilzunehmen. In diesen Workshops wurden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Abteilungen die Wirkungs- und Leistungsziele formuliert. Die Mitglieder des Steuerungsausschusses, welche daran teilgenommen hatten, bezeichneten das Vorgehen als transparent und motivierend für die Beteiligten. Wie bereits erwähnt, sollten die positiven Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unterschätzt werden.

Im Steuerungsausschuss bestand Konsens darüber, dass nicht das Milizparlament den Abteilungen die erwähnten Begriffe mit Inhalten füllen kann. Einerseits fehlt das entsprechende Fachwissen, dies würde dazu führen, dass das Parlament ohnehin sich auf die Aussagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abstützen müsste, andererseits wären diesem Unterfangen auch politische Grenzen gesetzt.

Mann und Frau stelle sich vor, wenn wir im Vorfeld der Einführung, zum Beispiel der Stadtgärtnerei beim Indikator Grünraum pro Einwohner die Quadratmeterzahl festlegen möchten. Auch wenn wir über die entsprechenden Gesamtzahlen verfügen würden, würden wir uns doch je nach politischer oder persönlicher Präferenz im Wege stehen. Als Vergleich erinnern Sie sich bitte an die Gestaltung des Herrenackers. Daher sollen in einem ersten Schritt die entsprechenden Abteilungen die Begriffe mit Inhalten füllen.

Selbstverständlich diskutierten wir auch darüber, welche Einflussnahme das Parlament zu einem späteren Zeitpunkt auf die Inhalte der einzelnen Aspekte nehmen kann und wie die demokratische „Kontrolle“ durch das Parlament gewährleistet wird.

Auf diesen Aspekt komme ich jetzt im **2. Teil** meiner Argumentation zu sprechen. Damit die WoV-Abteilungen nicht einer parlamentarischen Kontrolle entzogen werden, werden in der Vorlage zusätzliche Instrumente, die in die Geschäftsordnung

einfließen sollen diskutiert. Worum es bei der Planungsempfehlung/-auftrag geht, möchte ich an dieser Stelle nicht noch einmal erläutern. Schliesslich wurde das Parlament diesbezüglich an zwei Abenden informiert.

Diese Instrumente und der Einsatz von Fachkommissionen basieren auf Erfahrungen anderer Städte, welche WoV bereits eingeführt haben. Das Rad wird also nicht neu erfunden, es gibt Erfahrungswerte. Diese Aspekte sind nicht an WoV gebunden, allerdings würden wir WoV um wichtige Elemente ärmer machen und uns wichtige Instrumente vorenthalten, wenn es darum gehen soll, die WoV-Abteilungen einer parlamentarischen Kontrolle zu unterziehen. In Hearings haben wir im Steuerungsausschuss erfahren, welche qualitativen Auswirkungen die Begleitung der WoV-Abteilungen durch Fachkommissionen erfahren. Die Mitglieder verfügen über gute Dossierkenntnisse, wie wir dies bereits heute bei den Parlamentarierinnen und Parlamentariern in den Verwaltungskommissionen beobachten können. Dort begrüssen wir diese „Fachkenntnisse“ mit der Begründung, dass die Verwaltung daher besser unter Kontrolle sei, und wir hinter den Kulissen die Zusammenhänge entsprechend nachvollziehen können. Bei den Fachkommissionen bei WoV tönt es plötzlich anders. Die Mitglieder würden zu Fachsimpeln und es entstünde ein Zweiklassenparlament. Städte mit entsprechenden Erfahrungen haben darauf hingewiesen, dass eine Amtszeitbeschränkung diesem Sachverhalt entgegenwirken kann. Zudem ermöglichen die Fachkommissionen eine adäquate Jahresplanung für die Sitzungen, ein Umstand, der für die verbleibenden Parlamentsmitglieder ein durchaus positiver Aspekt darstellen könnte; vermutlich jedoch nicht den Hauptgrund für eine erneute Kandidatur darstellen wird.

Ein Kritikpunkt bezieht sich auf die zusätzlichen parlamentarischen Instrumente, sie würden in Bezug auf WoV der geforderten Kontrolle nicht gerecht werden. Dazu gilt es zu beachten, dass die Instrumente nur so gut sind, wie die Personen, die sie anwenden. Wenn wir sie nicht nutzen oder das Gefühl haben, wir können und wollen in den Budgetdiskussionen wie bis anhin Rundumschläge machen, indem wir zum Beispiel bei den einzelnen Globalbudgets eine 10% Budgetreduktion fordern, ohne mit einer Planungsempfehlung auf den entsprechenden Posten hinzuweisen und dem Stadtrat bzw. der WoV-Abteilung keine Möglichkeit einräumen zu reagieren, dann können wir uns WoV wirklich schenken. Es liegt also an uns.

Vielleicht bin ich wirklich zu naiv, wenn ich an dieser Stelle an das Gute in den Parlamentsmitgliedern denke.

Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass wir ohnehin nur über das Globalbudget steuern können, da die Abteilungen die Empfehlungen der Fachkommissionen ohnehin nicht berücksichtigen und an ihren Zielen und Indikatoren Veränderungen erst vornehmen, wenn der parlamentarische Druck, beziehungsweise der Geldhahn zugekehrt wird. Wenn die Haltung des Parlaments gegenüber den WoV-Abteilungen nur auf Misstrauen beruhen sollte, dann kann WoV keine Zukunft haben. Wenn wir uns von diesem Gefühl lösen und uns pragmatisch an diesen Sachverhalt herantasten, könnte diese Kritik gegenstandslos werden.

Stellen Sie sich vor, Sie möchten etwas ändern. Die Parteien sind anteilmässig in den Fachkommissionen vertreten. Sie haben die Möglichkeit, in einem ersten Schritt ihr Anliegen über die Fachkommission in die entsprechende Abteilung einfließen zu lassen. Wenn Sie feststellen, dass dieser pragmatische Weg nicht zum Ziel führt, können Sie mit den parlamentarischen Instrumenten nachhaken. Sollte auch dies nicht zum Ziel führen, wird das Geld entzogen.

Hier setzt wiederum die Kritik der WoV kritischen Menschen an. Bei diesem Verfahren handle es sich nur um eine Verzögerungstaktik der Verwaltung und um zusätzliche Hürden, welche nicht nötig wären und das Ganze künstlich in die Länge ziehen würden. An dieser Stelle muss ich den Kritikerinnen und den Kritikern entgegenhalten, dass Veränderungen an Indikatoren und Leistungszielen Auswirkungen auf die gesamte WoV-Abteilung mit ihren spezifischen Produktgruppen hat. Um Schnellschüsse zu vermeiden, die oft nach hinten rausgehen und zu einer zusätzlichen zeitlichen und finanziellen Belastung werden, macht dieses Time out durchaus Sinn. Die Vertreter der WoV-Städte haben mit dieser Vorgehensweise durchaus positive Erfahrungen gemacht.

Im direkten Kontakt mit den Betroffenen können oftmals Lösungen herbeigeführt werden, unklare Punkte werden bereinigt und müssen dann nicht nochmals in einer GPK oder im Parlament diskutiert werden. Die Sachgeschäfte werden versachlicht und teilweise effizienter behandelt.

Selbstverständlich setzt auch hier die Kritik der Ablehnerinnen und Ablehner an. Es werde dann zwischen den Mitgliedern der Fachkommissionen und der Verwaltung etwas gemauschelt, und es entstünde somit ein Filz, mit der Folge, dass sich die Fachkommissionen von der Verwaltung instrumentalisieren liessen. Dieses Ping pong könnte ich an dieser Stelle noch beliebig fortsetzen. Es ging mir im Wesentlichen darum, aufzuzeigen, dass es bei WoV auch auf die Perspektive der Betrachterin und des Betrachters ankommt, ob eine parlamentarische Kontrolle möglich ist oder nicht.

Dies führt mich zum **3. Teil** meiner Ausführungen. Vielleicht verbirgt sich hinter dieser kritischen Haltung eine diffuse Angst, politischen Einfluss auf Verwaltungsabläufe zu verlieren. An dieser Stelle sei mir die Frage erlaubt, inwieweit unser Milizparlament die Kontrolle über diese Verwaltungsabläufe bereits heute nicht 100% wahrnehmen kann? Was definieren wir als Kontrolle? Ist es das Geld und was mit ihm geschieht? Ist es die Philosophie und/oder das Leitbild? Oder geht es um Herrn oder Frau X, die mir schon in der Primarschule auf die Nerven gab? Es geht hier auch um Macht und den vermeintlichen Verlust dieser Macht. Es geht aber auch um Vertrauen gegenüber einer Verwaltung und Menschenn die in einem immer schwieriger werdenden gesellschaftlichen Umfeld ihre Aufgaben erfüllen. Vielleicht ist es auch unsere eigene Angst, dass wir auf diese Veränderungen nicht mehr zeitgemäss reagieren können und in gewisser Weise selber eine Überforderung wahrnehmen. Die anstehende Parlamentsreform und die Verkleinerung des Parlamentes tragen zu dieser Verunsicherung bei.

Auch ich bezeichne mich als Demokrat und finde den Einfluss von Volk und Parlament wichtig. Ich glaube aber auch, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen auch auf unser politisches System und seine Strukturen auswirken werden. Wenn wir beobachten, wie es immer schwieriger wird, die komplexen Sachverhalte im milizparlamentarischen Betrieb zu bearbeiten und Politik und Beruf zu vereinen, dann müssen wir nach pragmatischen und lösungsorientierten Ansätzen suchen. Heute haben wir es noch in der Hand selber darauf Einfluss zu nehmen. Mittelfristig werden wir von den stattfindenden Veränderungen überrollt werden, und dann müssen wir reagieren, jetzt können wir noch agieren.

Aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörern dürfte nicht entgangen sein, dass ich bisher keine Begründung für meine eingangs gestellte Behauptung, weshalb wir in Bezug auf WoV gegenüber 2004 substantiell nicht viel weiter gekommen sind,

abgegeben habe.

Ich möchte an dieser Stelle - unter Punkt 3 – diese Antwort noch geben. Bei WoV handelt es sich um ein prozesshaftes Geschehen, wie wir dies auch bei den gesellschaftlichen Veränderungen beobachten können. Die Einführung von WoV kommt einem politischen Paradigmenwechsel gleich. WoV ist dynamisch und muss auf die Veränderungen rasch und adäquat reagieren können. Demgegenüber würde ich unser parlamentarisches Milizsystem eher als träge bezeichnen, welches zwangsläufig mit einer gewissen Verspätung auf die Aktualität reagieren kann. Wir sind uns gewohnt, im Rat mehr oder weniger klare Geschäfte zu behandeln und zu verabschieden. Wir kaufen die Katze nicht gerne im Sack. Mit der vorliegenden WoV-Vorlage kaufen wir die Katze aber zum Teil *inklusive* dem Sack. Dies liegt allerdings weniger an der schlechten Arbeit des Stadtrates oder der SPK. Vielmehr liegt es an der Materie. Wer glaubt, an den Indikatoren etc. würde sich nichts mehr ändern, der hat wesentliche Aspekte von WoV nicht verstanden. Daher vermute ich, dass wir im Vergleich zu 2004 nicht wesentlich weiter gekommen sind, weil es hier um einen grundsätzlichen Systemwechsel geht, der einigen Unbehagen verursacht, weil am Schluss der Debatte eben nicht klar gesagt werden kann, die Liegenschaft wird im Baurecht abgegeben oder die Liegenschaft wird nicht im Baurecht abgegeben.

Daher möchte ich Sie bitten, überlegen sie sich ihre ablehnende Haltung noch einmal und berücksichtigen Sie dabei die folgenden Fragestellungen:

- Basiert meine Kritik auf konkreten Erfahrungswerten?
- Geht es mir dabei wirklich um die Sache?
- Wird die Demokratie dadurch wirklich in Frage gestellt?
- Was verliere ich persönlich und wer oder was sind die wirklichen Gewinner?

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen:

Bitte fällen Sie heute einen Grundsatzentscheid ob Sie sich für oder gegen WoV aussprechen. Es ist wichtig sich jetzt klar zu positionieren. Auch wenn Sie mit einzelnen Punkten nicht einverstanden sein sollten, weisen Sie die Vorlage deshalb nicht an den Stadtrat zur Überarbeitung zurück. Ein erneuter Durchlauf bringt nichts mehr.

Wenn Sie sich heute für WoV aussprechen, dann bedeutet dies, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dazu geschaffen werden, dass WoV zukünftig flächendeckend eingeführt wird, und wir dann im Parlamentsbetrieb über ein einheitliches Budgetsystem verfügen werden.

Danke, dass Sie einer Fraktionsminorität so lange Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.“

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum *

„Sie haben vorher von Werner Schöni erfahren, dass die Meinungen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion in Bezug auf diese Vorlage geteilt sind. Befürworter und Gegner halten sich wenigstens im Moment in etwa die Waage. Ob es so bleiben wird, wird sich weisen.

Ich werde im Folgenden für diejenigen unserer Fraktion sprechen, die dieser Vorlage nicht zustimmen werden. Folgende Gründe haben uns bewogen, die Einführung von WoV-Betrieben in der Stadt Schaffhausen abzulehnen:

Trotz intensivstem Befassen mit der Vorlage ist es für uns nicht erkennbar, wo die Vorteile dieses Systems gegenüber der konventionellen Verwaltung liegen. So wird denn auch in der Zusammenfassung der Umfrage bei den WoV-Pilotabteilungen vom 21.06.07 festgehalten, dass es nach langjährigem Betrieb nicht möglich sei, einzelne Effizienzsteigerungen ausschliesslich auf WoV zurückzuführen. Auch Leistungsveränderungen können gemäss allgemeiner Aussage der Pilotbetriebe nicht ausschliesslich auf WoV zurückgeführt werden.

Wir haben den Eindruck erhalten, dass verbesserte Leistungen, Effizienzsteigerungen und vermehrtes Eingehen auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht von der Einführung von WoV, sondern von der jeweiligen Führung der Amtsstelle oder –bereiches abhängig sind. Ob effizienter, besser, kundennaher und nicht zuletzt auch kostengünstiger gearbeitet wird, steht und fällt mit dem dahinterstehenden Team und seinem Vorgesetzten oder seiner Vorgesetzten. Als wunderschönes Beispiel könnte man die exzellente Arbeit des Forstamtes unter Leitung von Walter Vogelsanger ansprechen. Hier treffen alle Vorzüge, die WoV vermitteln will, auch ohne WoV zu. Selbstverständlich gibt es noch viele andere Bereiche in der Stadtverwaltung, die ebenfalls sehr gute Leistungen zum Wohle der Öffentlichkeit erbringen. Es sei mir hier verziehen, dass ich sie nicht alle im Einzelnen aufzähle.

Ein weiterer Aspekt sind meines Erachtens die Wirkungs- und Leistungsziele. Es braucht keine Einführung von WoV, damit sich die jeweilige Verwaltungseinheit bewusst ist, was ihre Aufgabe und ihr Ziel ist. Das gehört einfach zum Rucksack eines guten Vorgesetzten ebenso wie die Fähigkeit, dies seinen Mitarbeitern zu vermitteln und sie zu einem teamorientierten Schaffen zu motivieren. Das, was unter Wirkungsziel und Leistungsziel aufgeführt wird (schauen Sie sich das Beispiel des WoV-Jahresberichtes 2005 der Stadtgärtnerei an), sind Selbstverständlichkeiten. Wenn gesagt wird, dank der Auseinandersetzung mit den Aspekten Wirkung/Kosten und Finanzen hätte unter WoV ein Paradigmenwechsel im Sinne von Bürgernähe, Effizienz und Transparenz in den jeweiligen Verwaltungszweigen stattgefunden, ist dem entgegenzuhalten, dass in der Verwaltung *allgemein* solches passiert ist. Das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung hat Eingang in die neue Kantonsverfassung gefunden und auch ohne WoV wird heute überall in der Verwaltung Transparenz und Kundenfreundlichkeit hoch gehalten. Es braucht meines Erachtens kein WoV, dass die Verwaltung merkt, dass die Wirkungen ihrer Leistungen das Zentrale für den Bürger sind, wie man uns in der Kommission weismachen wollte.

Das immer wieder ins Feld geführte Argument, mit WoV könne vom Parlament aus vermehrt Einfluss auf die Leistungen der Stadtverwaltung genommen werden, hat in der Zwischenzeit durch die Einführung des Postulates an Schlagkraft verloren. Auch auf diesem Wege ist es nunmehr möglich, gezielte Anregungen für die Verwaltungstätigkeit zu geben. Und schliesslich darf nicht verhehlt werden, dass auch mit der Budgethoheit des Parlamentes indirekt sehr wohl Einfluss auf die Produktegestaltung genommen werden kann. Schliesslich begegnen wir auch dem Umstand, dass der Rat die Hoheit über den Stellenplan aus den Händen gibt, mit gewisser Skepsis. Die indirekte Einflussmöglichkeit auf den Stellenplan über die Indikatoren erachten wir als zu vage und nicht schnell genügend greifend.

Bedenken haben die WoV-Skeptiker in unserer Fraktion auch hinsichtlich der Effizienz der Fachkommissionen. Damit die Aufsichtsfunktion tatsächlich wahrgenommen werden kann, bedarf es qualifizierter Personen mit Sachwissen und genügend Zeit. Mit Blick auf die Verkleinerung des Parlamentes und die damit

grösser werdende Arbeitsbelastung für jedes einzelne Mitglied darf zu Recht bezweifelt werden, ob die Fachkommissionen effektiv auch mit Personen, die dieses Anforderungsprofil erfüllen, besetzt werden können. Ist dies aber nicht der Fall, dann verkommen die Fachkommissionen zu blossen Ja-Sager-Gremien, was im Endeffekt eine Machtverschiebung zu Gunsten der Verwaltung zur Folge hat.

Als sehr wertvolles Element erscheint uns die Kosten-/Leistungsrechnung. Da diese aber nach Aussagen des Stadtrates allgemein eingeführt werden wird, fällt ein wichtiger Beweggrund für WoV für uns weg. Ebenso positiv beurteilen wir die Einführung von Jahresgesprächen. Diese sehr sinnvolle Idee sollte auch bei einem allfälligen Scheitern der WoV-Vorlage unbedingt weiterverfolgt werden, was ja auch im Rahmen der Parlamentsreform geschehen könnte.

Schliesslich sehen wir auch eine gewisse Problematik im Umstand begründet, dass es nun inskünftig zwei Arten von städtischen Angestellten unter der Herrschaft des gleichen Personalgesetzes geben sollte. Zwar hat die Kommission mit der Elimination der WoV-Fonds eine primäre Quelle der Ungleichbehandlung ausgeschaltet, dennoch ist die Gefahr nicht ganz gebannt. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass bei einer allfälligen Einführung von WoV der Eindruck einer Zweiklassenverwaltung im Sinne, dass nur die „besten“ als WoV-Betriebe geführt werden können oder umgekehrt nur die Schlusslichter dort landen, entstehen wird.

Erlauben Sie mir zum Kochbeispiel von Martin Egger noch ein Schlusswort: Viele Köche verderben den Brei. “

Walter Hotz (FDP)

Votum *

”Jeder und jede, die heute der Vorlage des Stadtrates *Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen* zustimmt, liebt offenbar die Bürokratie. Glauben Sie mir, Sie können keinen Betrieb, beziehungsweise keine Verwaltung zielorientiert führen, wenn Sie zwei verschiedene Betriebs-, beziehungsweise Führungskulturen anwenden.

Früher oder später werden Sie feststellen müssen, dass nicht nur die Kosten davonlaufen, sondern dass es in der Belegschaft – und was nicht zu unterschätzen ist, der Grosse Stadtrat wird ab 2008 zur Überwachung der Verwaltung nur noch mit 35 Personen besetzt sein - Unruhe geben wird. Sie werden nicht zwei Betriebskulturen optimal überwachen oder sogar führen können. Die etwas Älteren unter uns können sich sicher noch an die Umwälzungen die es in der Privatwirtschaft in den 90iger Jahren gegeben hat, erinnern. Alles sprach damals, und es wurde zum grössten Teil auch umgesetzt, von Profitcenter. Vor allem in Grossbetrieben wurden zum Beispiel die Bereiche Spedition, Druckerei und Entwicklung in Profitcenter umgewandelt. Heute nach nun mehr 20 Jahren sind diese Profitcenter verschwunden. Sie stehen heute als selbstständige Firmen im harten Wirtschaftsmarkt da.

Nun, Sie werden sich jetzt fragen, dass man das ja auch mit verschiedenen Abteilungen in einer Verwaltung so umsetzen könnte. Sehen Sie, hier fängt die Problematik bereits an. Unter dem Stichwort „New Public Management“ (NPM) oder eben „wirkungsorientierte Verwaltung (WoV)“ hat sich in den letzten Jahren eine Auffassung unseres Stadtrates durchgesetzt, welche die Verwaltung verstärkt als leistungsorientierte und nach den Bedürfnissen der Einwohner ausgerichtete Leistungserbringerin versteht. Ins Zentrum der Verwaltung ist das

Verwaltungshandeln als Massstab gerückt. Auch in unserer Stadtverwaltung werden Leitbilder, Leistungsaufträge und Projektstudien, vorwiegend von externen Beratern und Mediatoren, erarbeitet. Diese Berater, Beraterfirmen und Mediatoren kommen mir immer wieder vor wie „Souffleure für hilflose Stadträte und Stadträtinnen“. Dies musste ich an dieser Stelle jetzt einmal loswerden. Auch im Fall WoV empfinde ich dies.

Was wollen wir erreichen? Wir alle wollen eine moderne Verwaltung, die kurz zusammengefasst leistungsorientiert, kundenorientiert, kostenorientiert und mit genauen Zielvorgaben des Stadtrates und der Bereichsleiter (beide Funktionsträger haben übrigens Vorbildfunktion) arbeiten.

Fragen Sie sich, was wir mit den bisherigen Pilotbetrieben erreicht haben?

- Haben die Pilotbetriebe eine deutlich spürbare Zunahme des Handlungsspielraums erreicht? Nein, die Mitarbeiter hatten deutlich spürbare Mehrarbeit.
- Bemerkten die Mitglieder in diesem Rat eine spürbare Motivationssteigerung des Personals? Nein, die Mitarbeiter machen einen sehr guten Job und die Meisten wissen, wer ihr Kunde ist.
- Wurde die Kosten-, Kunden-, Produkteseite verbessert? Nein
- Wurde der Kontakt zwischen Parlament und Verwaltung verbessert? Nein
- Sind die Kosten der Verwaltung geringer worden? Nein

Wir brauchen eine moderne Verwaltung. Eine einheitliche Verwaltung die ihre sozialpolitische Verantwortung wahrnimmt. Es darf nicht sein, dass die Verwaltung nur noch für Vermögende Leistungen erbringen wird. Es muss uns auch klar sein, dass die städtische Verwaltung in gewissen Bereichen nicht kostendeckend arbeiten kann.

Unsere zukünftige Aufgabe als Parlamentarier wird sein, die städtischen Tätigkeiten über Zielvorgaben zu steuern, welche die Verwaltung – mit welchen Mitteln auch immer – zu erreichen hat. Um diese Vorgaben zu erfüllen müssen die Angestellten wissen, dass sie alle am gleichen Strick ziehen und die gleichen Zielvorgaben verfolgen müssen. Es darf nicht sein, dass andere Abteilungen mit Boni oder Ähnliches belohnt werden können.

Wir werden in Zukunft auch vermehrt darauf achten müssen, wer in den verschiedenen Kommissionen Einsitz nimmt. Es darf doch nicht sein, dass die Verwaltung sich selbst kontrolliert. Es muss uns klar sein, dass primär die Bevölkerung Ansprüche an die Verwaltung stellt, deren Erfüllung anders als in der Privatwirtschaft nicht dem freien Ermessen eines städtischen Angestellten oder eines Amtes überlassen werden kann. Der Anspruch auf städtisches Engagement bringt es mit sich, dass die Leistungen der Stadtverwaltung von der Nachfrage der Bürger abhängig sein werden.

Die gesamte städtische Tätigkeit hat sich nämlich den Bürgern unserer Stadt unterzuordnen. Die Stadt darf nämlich nur das tun, was im Grundsatz der Gesetzmässigkeit ausdrücklich gestattet ist. Auf dieses oberste Prinzip hat das Parlament zu achten. Es ist stets – und dies spricht für unsere Demokratie – vorgängig das zugegebenermassen gelegentlich schwerfällige, aber die Grundrechte der Bürger garantierte Gesetzgebungsverfahren zu durchlaufen.

Deshalb gerät die wirkungsorientierte Verwaltungsführung im Grundsatz mit unserer direkten Demokratie in Konflikt. Dies, weil sie das Gewaltentrennungsprinzip bricht und weil auch andere rechtsstaatliche Grundsätze tangiert werden. Die Verwaltung muss in Zukunft alles daran setzen und bürgernah, effizient und kostenbewusst ihre Arbeiten erledigen. Wir als Mitglieder des Parlaments kontrollieren im Rahmen unserer Aufsicht, zusammen mit der Geschäftsprüfungskommission.

Zum Schluss noch Folgendes: Wir verfügen in der Stadtverwaltung für die Führungsunterstützung einen Controllerdienst. Mittlerweile sind es 200 Stellenprozente. Was ist eigentlich die Aufgabe eines modernen Controllers? Zusammengefasst: Der Controller ist der interne Unternehmensberater. Der Stadtrat und die Bereichsleiter sind die verantwortlichen Kapitäne, der Controller fungiert als Lotse auf dem Schiff, um den sicheren Hafen namens Verwaltungserfolg zu erreichen. Um diesen sicheren Hafen erreichen zu können, bedient sich der Controller betriebswirtschaftlicher „Navigations-Methoden. Auch in der städtischen Verwaltung ist dies das Rechnungswesen. Hinzu kommen auch Wertvorstellungen und Ideale, die sich nicht nur in Zahlen ausdrücken lassen: Zum Beispiel Erhaltung und Ausbau der Bürgerzufriedenheit, das Miteinander und Miteinanderumgehen in der Verwaltung oder auch die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter.

Treten Abweichungen der Zielvorgaben ein, schlägt der Controller Alternativen, Wege und Massnahmen zur Veränderung, beispielweise unter folgenden Fragestellungen vor: Was ist erforderlich, damit die Personalkosten langsamer steigen als der Umsatz? Was muss und kann man tun, damit die Ausgaben stärker reduziert werden können?

Ein moderner Controller und nicht nur er, ich denke hier auch vor allem an den Stadtrat und die Bereichsleiter, müssen in Zukunft folgendes im Griff haben: Die Kostenkontrolle. Er muss sich für die Zukunft Gedanken machen wie wir in der gesamten Verwaltung die Kosten ohne Leistungsabbau in den Griff bekommen.

Es darf in Zukunft nicht mehr sein, dass der Controller sich nur noch für einzelne Abteilungen ins Zeug legt, wie die in der Vorlage vorgeschlagenen WoV-Betriebe. Er und alle Verantwortlichen haben die Verantwortung für eine Stadtverwaltung mit einer Führungsstruktur.

Für unsere Zukunft brauchen wir - und das Personal muss es wissen - einheitliche neue Ziele und Strategien. Entwickeln Sie Visionen für die nächsten Jahre. Um diese Ziele erreichen zu können brauchen wir nicht zwei Verwaltungsstrukturen.

Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie dringend, der Vorlage des Stadtrates nicht zuzustimmen. “

Iren Eichenberger (OeBS)

Votum

”Für das erste möchte ich - solange Sie alle in diesem Saal noch aufmerksam zuhören - einen Kundenwunsch anbringen: Ich möchte gerne Licht, eine schlichte Lampe, die das schlechte Licht in diesem Saal verbessert.

Ich möchte vorausgehend sagen, dass ich nicht so lange wie meine Vorredner sprechen werde. Ich weiss nicht, ob ich von der vierten grossen Fraktion bin, bisher war nur von drei grossen Fraktionen die Rede. Ich weiss ebenfalls nicht, für wie viele Leute ich spreche, und ob ich der “siebte Schlitz” in unserer Fraktion bin und die

anderen sich einig sind.

Als ich den Saal zur heutigen Debatte betrat, habe ich noch nicht gewusst, ob ich zu diesem Geschäft sprechen kann und werde, weil ich davon ausgegangen bin, dass der Grundsatzentscheid bereits gefällt sei. Ich habe nach wie vor grosse Zweifel und deshalb aufmerksam die Debatte verfolgt. Was mir als Erstes auffällt, ist, dass die *Gegner* wirklich engagiert zu dieser Vorlage sprechen, so zum Beispiel Walter Hotz. Dies sind für mich gewisse Hinweise, obwohl dies vielleicht bereits tendentiös sein mag.

Ich befürchte, dass der Grosse Stadtrat in Zukunft mit WoV nicht mehr, sondern weniger Einfluss nehmen kann. Das ist nicht neu. Wenn ich die ausgehändigten Unterlagen (Entwurf Planungsauftrag) studiere, finde ich das Vorgehen und die Abläufe sehr komplex und stelle fest, dass sich das Parlament drei- oder viermal zum Gleichen entscheiden muss und dann mit etwas Glück vielleicht wieder zum gleichen Schluss kommt, nämlich zum ursprünglich festgelegten Ziel. Heute können wir ein Postulat oder eine Motion einreichen, über welche zu einem bestimmten Zeitpunkt definitiv entschieden wird - selbst wenn die Details noch nicht abschliessend geregelt sind. Aber dieses heute vorgeschlagene Verfahren überzeugt mich überhaupt nicht. Von Anfang an war von dieser "Kundennähe" die Rede, und zwar schon damals, als ich in der GPK die Pilotphase begleiten durfte, war dies ein kardinales Argument. Es stand dem Sparwunsch gegenüber.

Wenn ich aber jetzt die Betriebe anschau, die privatisiert, halbprivatisiert oder ausgegliedert sind, wie zum Beispiel die Post, treffe ich dort neben vielfach geschlossenen Schaltern eine Anzahl von Gestellen mit Süswaren, Papeterieartikeln und Sonstigem. Ich habe keine Lust das Gleiche auf dem Bestattungsamt anzutreffen. Vielleicht mutet mein spontaner Vergleich etwas kühn an; aber ich möchte diesen Markt auf der Verwaltung nicht.

Zum Begriff "mehr Kundennähe" wurde ich als Kunde während der ganzen Versuchsphase nie befragt. Das Steueramt stellt die Steuererklärung elektronisch zur Verfügung, das finde ich eine gute Möglichkeit. Wahrscheinlich ist diese Idee dem Steueramt selbst in den Sinn gekommen oder aber es war reiner Eigennutz, worauf ich eher tendiere.

Mir fehlt die Transparenz, die irgendwo in Laufmetern oder in Anzahl Fällen stecken bleibt, die von Anfang an bereits als Kriterien definiert werden müssen. Was passiert, wenn die Kriterien erfüllt sind? Ist dann alles paletti oder muss man allenfalls über die Klinge springen, wenn man diese nicht erfüllt?

Es wurde heute Abend mehrfach erwähnt, wichtig wäre doch das *Gespräch*, welches wirklich Aufschluss über Abläufe, Probleme, Schwierigkeiten und Wünsche der Verwaltung bringt. Dieses Gespräch wäre anstelle dessen zu pflegen, zu fördern und zu institutionalisieren. Natürlich befürchte auch ich mehr Administration und zwei Kulturen.

Es gibt aber auch Dinge, die mir an dieser Vorlage einfach nicht passen. Ich finde es schlecht, dass auch die Bibliothek aufgeführt ist, habe aber gegen eine gewisse Gebührenerhebung für Auswärtige nichts einzuwenden. Primär finde ich es sinnvoll, wenn eine Bibliothek relativ fraglos im Rahmen eines Gesamtbudgets mit Mitteln ausgestattet wird, die gewisse Aufwändungen zulassen. Dazu brauche ich kein Globalbudget.

Mein Fraktionskollege Bernhard Egli hat sich mehr Mut zu etwas Neuem gewünscht. Über alle diese Jahre ist mir der Mut gründlich vergangen, und ich glaube nicht an dieses Projekt. Ich frage mich, was passiert, wenn wir heute Abend mit einer dünnen Mehrheit von vier oder fünf Stimmen Zustimmung beschliessen. Ich fände dies eine dürftige Mehrheit, aber keine Aussage. Man kann mir natürlich entgegen halten, dass das Gegenteil auch der Fall sei.

Abschliessend möchte ich noch Folgendes festhalten: Was mich von Anfang an stutzig machte, ist der Titel dieser Vorlage "Nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen". Logischerweise werden wir - so hoffe ich - jede Vorlage nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen ausrichten. Hier wurde aber ein Konstrukt zurecht gestutzt und gezähmt, damit man sagen kann, es sei nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen, aber faktisch sieht die Realität nicht viel anders aus. Wenn ich mich an die wenigen Diskussionen in diesem Rat erinnere, die wir über WoV-Stellen führten, ging es im Wesentlichen um den Kostendeckungsgrad und um die Leistungen. Diese Vorlage wird vor allem Druck auf die Verwaltung geben. Eigentlich wünsche ich mir, dass die wertvollen und für mich positiven Elemente dieser Vorlage erhalten und weitergeführt werden, zum Beispiel die grössere Budgetkompetenz, das sinnvolle und beratende Controlling und vor allem die Gesprächs- und Austauschkultur sowie die Kosten-/Leistungsrechnung. "

Der **Ratspräsident Alfred Tappolet (SVP)** zeigt sich überwältigt von der enormen, seitens der Ratsmitglieder geleisteten Arbeit und dankt für die Vielzahl der engagierten und detaillierten Eintretensvoten der unterschiedlichen politischen Lager, die von einer seriösen Vorbereitungsarbeit zeugen; eine Tatsache, die in diesem Ausmass bisher noch nie stattfand.

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme Stadtpräsident

"Ich weiss nicht, ob Sie mich beneiden oder nicht; ich beneide mich jedenfalls nicht. Der Spread der Meinungen war sehr gross und diesen aufgrund der Rednerliste zusammenzufassen gestaltete sich recht anspruchsvoll. Ich bitte Sie, mir nachzusehen, wenn ich nicht jede Rednerin/jeden Redner und jeden Beitrag in der heute Abend durchaus beeindruckenden Art entsprechend aufnehmen kann. Ich werde es zwar versuchen, aber auch ich bin nur ein Mensch.

Zuerst danke ich dem SPK-Präsidenten Martin Egger, der für mich eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Bruchlinien aufgezeigt hat, die durch das ganze Parlament gehen und auch mit der Geschichte von WoV und diesem Projekt in Zusammenhang stehen. Es ist ein langer Reformprozess, der hinter uns liegt, und zwar ein Prozess zur Verwaltungsreform der Stadt Schaffhausen und auch ein Prozess, der das Verhältnis des Parlaments zur Verwaltung entscheidend beeinflusst. Andere Städte haben diesen Prozess bereits vor 1999 angefangen und mittlerweile beendet, zum Beispiel Luzern, Thun, Baden, Winterthur, Bern, Riehen, Wetzikon und Uster. Es gibt viele, die diesen Weg gewählt haben, andere haben ihn nicht gewählt. Auf alle Fälle kann man vor allem zu den Kritikern dieser Vorlage sagen, dass in Städten, in welchen NPM oder WoV gewählt wurde, die Welt nicht untergegangen ist. Die Welt ist sachlich geblieben, aber die Auseinandersetzungen haben sich möglicherweise auf eine andere Ebene begeben, was wir mit der WoV-Vorlage ja eigentlich auch erreichen wollen.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an 1999, damals hatten wir meines Wissen die erste Rechnung eines WoV-Piloten verabschiedet. Ich werfe einen Kontrollblick auf den

Controller, der auf der Tribüne als Gast anwesend ist. Zu Walter Hotz möchte ich bemerken, dass der Controller für alle Stadtabteilungen Aufgaben wahrzunehmen hat und direkt dem Stadtrat unterstellt ist, in dessen Kompetenz auch sein Einsatzbereich gehört, was auch in Zukunft so bleiben wird. Gute Ratschläge nehmen wir jedoch gerne entgegen.

Damals schon wurde formuliert und auch im Jahre 2002 bei der Grundsatzentscheidung - mittlerweile sind wir unter Berücksichtigung des Grundsatzentscheides im Steuerungsausschuss und in der SPK bei der fünften angelangt - haben wir festgelegt, WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen zu definieren und der Verwaltung kein abstraktes Konstrukt der HSG mit akademischem Resultat überzustülpen. Im Titel der Vorlage aus dem Jahr 2002 wurde dies zum Ausdruck gebracht: "Nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen". Wir wollten uns damit den Leistungen, Wirkungen und Kosten nähern.

Im Jahr 2002 startete der bedürfnisgerechte Reformversuch und während des Prozesses haben wir nicht nur positive Erfahrungen gesammelt. Kurt Zubler hat diesen Versuch sehr aufmerksam und aufrichtig begleitet, und ich bin ihm dankbar, dass er dieser Versuchsperiode doch auch positive Aspekte abringen konnte.

Im Januar 2006 haben Sie dies mit der Linie bekräftigt, die der SR bei der Beantwortung der Interpellation von Martin Egger eingeschlagen hat, welche die Frage nach dem weiteren Vorgehen seitens des SR auf das Scheitern des WoV-Gesetzes auf kantonaler Ebene gestellt hatte. Der SR betonte damals, dass eine flächendeckende Einführung von WoV unter diesen Rahmenbedingungen gar nicht mehr möglich war. Kurt Zubler hat dies ebenfalls richtig dargestellt. Der SR schlug eine Teileinführung des WoV-Prinzips (Kosten/Leistung/Wirkung/Ziel) dort vor, wo es Sinn macht und sich wirklich lohnt. Viele kleine Abteilungen könnten sich zwar auf sinnvolle Art und Weise mit WoV befassen, aber wegen ihrer Kleinheit lohnt es sich in der Praxis nicht. Ich möchte als Beispiel das Stadtarchiv anfügen. Es bestehen dort minimale Möglichkeiten, die fixen Kosten zu steuern und selbst nach anfänglicher Begeisterung mussten wir feststellen, dass diese Kleinabteilung nicht optimal für diese WoV-Zielsetzung geeignet ist. Es fand ein iterativer Prozess (Optimierungsverfahren) im Rahmen der Steuerungsausschussberatungen statt, der zur Auswahl der neun vorgeschlagenen Bereiche führte. Ich kann Ihnen einfach Folgendes sagen: *Ihr* Wille ist hier geschehen, im besten Wissen und Gewissen wurde dieser Entscheid vom Stadtrat und den Mitgliedern des Steuerungsausschusses erarbeitet. Soviel zur historischen Korrektheit, die wir heute Abend auch entsprechend würdigen sollten.

Ich gebe zu, dass die Parlamentsverkleinerung die Ausgangssituation für WoV - das hat Martin Egger hervorragend herausgearbeitet - ganz deutlich verschlechtert hat. Die SP war verstimmt, ich war es ebenfalls; aber es war ein Auftrag des Volkes, den wir als Politiker erledigen müssen. Es stellte sich die Frage, wie können wir mit dem Faktum eines verkleinerten Parlaments umgehen, das aber trotzdem eine anspruchsvolle Reform durchführen muss. Der Steuerungsausschuss und anschliessend die SPK erörterten dieses Thema ausführlich und relativ viele Anträge des Stadtrates wurden geändert. Auch hier hat sich der SR gegenüber den Anliegen des Parlaments offen gezeigt.

Welches sind die Anliegen des Parlaments? Das ist nicht ganz einfach zu beantworten. Während die einen zu jedem Kostenbetrag und jedem Details etwas

sagen wollen, haben wir auf der anderen Seite in Zukunft eine gewisse strategische Funktion des Parlaments zu berücksichtigen, als Sparing partner des Stadtrates, um über die Sinnhaftigkeit der Verwaltungstätigkeit gemeinsam diskutieren zu können. Eine zehnpromzentige Sachmittelkürzung in der Budgetdebatte nützt gar nichts, wenn wir Ihnen nach sorgfältiger Überprüfung sogar eine zehnpromzentige Steigerung der Sachmittel zur Erfüllung unserer Aufgaben mitteilen müssten. Die Umsetzung der damaligen Sachmittelkürzung verursachte in allen Abteilungen einen ungeheuren Aufwand. Mit der wirkungsorientierten Verwaltung könnten meines Erachtens Pauschalkürzungsanträge vermieden werden, weil wir nicht nur über Kosten, sondern auch über Leistungen und Wirkungen diskutieren.

Die Parlamentsverkleinerung muss uns im Prozess der Anwendung der zur Debatte stehenden Vorlage bezüglich Umsetzung der neuen WoV-Bereiche begleiten. Wir müssen Instrumente schaffen, die dem verkleinerten Parlament strategische Diskussionen ermöglichen und nicht nach dem Zufallsprinzip beliebige Pauschalkürzungen zur Folge haben. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen, dass Sie bei uns nicht nur WoV als Teileinführung bestellt, sondern *zusätzlich* noch eine weitere Bestellung aufgegeben haben, nämlich dass Sie wissen möchten, wie alles in Zukunft aussieht. Diese Tatsache führte dazu, dass wir die Verordnung über die wirkungsorientierte Verwaltung sowie ergänzende Artikel zur Geschäftsordnung des GrSR, Muster für Planungsempfehlungen, Kommissionssysteme, Produktelandschaft, Organigramm der Stadtverwaltung, Darstellung von Produktgruppen im WoV-Voranschlag sowie Erläuterungen zur Darstellung der finanziellen Daten ausformuliert haben, was zu einem starken Detaillierungsgrad der Vorlage geführt hat. Ich denke, dies war richtig, weil es für alle deutlich aufzeigt, dass WoV nicht zum Nulltarif zu haben ist. Eine Qualitätsverbesserung im Verhältnis der Strategiediskussion zwischen Parlament, Verwaltung und Stadtrat ist einfach nicht zum Nulltarif erhältlich.

Zum Votum von Walter Hotz möchte ich bemerken, dass der Unternehmer Walter Hotz ebenfalls mit Kernzahlen und Zielen arbeitet. Ich hatte während des Votums immer gewartet und wenigstens auf einen Funken von Enthusiasmus für einen grösseren unternehmerischen Spielraum bei den Abteilungen und Bereichen gehofft. Anstelle davon haben wir gehört, dass der Stadtrat scheinbar einen "Beratergips" benötigt, wenn er über die anstehende Verwaltungsreform spricht. Diese Beratung war nötig, weil in sehr kurzer Frist sehr detaillierte Unterlagen gefordert wurden. Wie man aus der Unternehmenslehre weiss, müssen Leistungen, die nicht selbst im geforderten Zeitrahmen erbracht werden können, eingekauft werden. Wir haben mit dem gewählten Berater sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich möchte ihm an dieser Stelle den Dank des Stadtrates und des Steuerungsausschusses aussprechen. Er hat sich in politischer Hinsicht sehr zurück gehalten, was von seiner Beratungsqualität zeugt.

Aus dem Kontrareferat von Kurt Zubler greife ich eine Bemerkung heraus, die mich betroffen machte: War da nicht ein bisschen der Versuch, dem Stadtrat zu unterstellen, er wolle im Nebel der Reform mehr Einfluss anstreben? Ich glaube, dies gehört zu haben und weise diesen Vorwurf energisch zurück. Warum?

Der Stadtrat offeriert Strategiegespräche und legt deutlich offen, dass WoV nicht in allen Teilen eine Erfolgsstory war. Ein Stadtrat, der seine Macht ausdehnen und seine politischen Ziele um der Politik willen durchsetzen wollte, würde dies sicher nicht zugeben, sondern glaubhaft machen, dass WoV eine Supererfolgsstory ist. WoV ist nur so gut wie wir, die wir uns mit dieser Reform befassen und uns damit

identifizieren.

Am Votum von Christoph Schlatter habe ich Freude gehabt; das Engagement, das aus ihm gesprochen hat, war ehrlich und seine Haltung einzunehmen sicherlich nicht einfach. Es war getragen von einem gewissen Vertrauen gegenüber Verwaltung und Stadtrat, dafür bedanke ich mich sehr. Der Stadtrat hat sich bemüht, vertrauensbildend zu wirken und Ihnen ein Angebot zu machen, die parlamentarische Arbeit zu verwesentlichen. Dazu gehören die Instrumente von Art. 54a und b, die - das gebe ich gerne zu - eine kräftige Portion mehr Kompetenz für den GrSR darstellen. Aber - und hier möchte ich Kurt Zubler korrigieren - diese Kompetenz ist auf die Wirkungs- und Leistungsziele konzentriert und geht nicht so weit, dass auch die Anzahl Rüeblis und Erbslis vom Parlament bestimmt werden kann. Hier findet ein Paradigmenwechsel statt, zu dem wir stehen müssen. Ich erinnere mich daran, als Werner Schöni in der SPK ausführte, man solle entweder Vertrauen in die Verwaltung haben und Ja sagen, Ja zu deren Umgang mit einem Globalbudget oder wir haben dieses Vertrauen in die Verwaltung eben nicht und können sofort aufhören, über WoV zu diskutieren. Das war ein sehr klares Votum, und ich bin der gleichen Meinung. Es ist bis zu einem gewissen Punkt eine Frage des Vertrauens, die wir heute Abend stellen und beantwortet haben wollen.

Die Teileinführung von WoV wurde kritisiert; ich möchte dazu nur sagen, dass wir diese in einigen Referaten nicht ad libitum beschliessen, sondern sie wird nach vier Jahren erneut überprüft. Aufgrund der Kontrollinstrumente, die wir zur Verfügung haben, kann Ihnen der SR im Jahr 2012 klar sagen, ob WoV funktioniert oder nicht. Sie werden es aber selbst herausfinden, davon bin ich überzeugt.

Zum Votum von Werner Schöni: FLAG war eine viel bessere Bezeichnung; der Bund hat viel besser reagiert und Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget als Kurzinformation für das Projekt genommen. Die FLAG-Ämter wurden übrigens von Dr. Thomas Bichsel begleitet. Die Bezeichnung war wirklich viel besser, ich streue Asche auf das Haupt des Stadtrates. Er hätte die sehr akademisch besetzte und St. Gallen hörige Version WoV frühzeitig aus dem Vokabular des Reformprojektes streichen sollen. Wir haben uns allerdings in allen Städten sehr weit vom akademischen Ansatz entfernt, ich möchte ein Zitat aus einer aktuellen Studie der HSG St. Gallen "Zukunft der Gemeinden - Reformtrends und Entwicklungen" zum Besten geben, die dies ebenfalls bemerkt hat: *Das NPM Instrumentarium zählt heute zum normalen und alltäglichen Werkzeugkasten der Verwaltungsführung. Die Instrumente sind entwickelt und werden pragmatisch nach Bedarf eingesetzt.* Vielleicht liegt hier der Grund, warum heute die Befürworter von WoV abgeklärt aufgetreten sind, weil es sich um einen Werkzeugkasten handelt.

Die Position, die man einnehmen könnte, um WoV als Nebelpetarde zu kritisieren, die den Einfluss des Parlaments reduziert, wäre vielleicht zu Anfang der WoV-Projekte in der Schweiz die richtige gewesen. Wie in der Schweiz üblich, nähern sich die akademische Ausgangsidee und die Praxis sehr stark an. Nach insgesamt 8 Jahren sind wir heute - im Jahr 2007 - an diesem Punkt angelangt. Ich bitte Sie, diese Tatsache bei Ihrem Eintretensentscheid ebenfalls zu berücksichtigen.

Iren Eichenberger hat von ihrem Kundenwunsch nach mehr Licht gesprochen. Ich wäre auch froh darüber und hoffe, dass dieser Wunsch von der WoV-Organisation des Kantons, der ja in einer Vorlage an den Kantonsrat ebenfalls die WoV-Teileinführung neuer Abteilungen vorschlägt, wahrgenommen und hoffentlich auch möglich gemacht wird.

Die Forderung nach mehr Gesprächen kann ich voll unterschreiben, der Wert der Umsetzung des Projektes ist das Gespräch. Aber denken Sie daran, das Gespräch muss sich auf einer Ebene bewegen, wo es nicht nur um das Geld geht, sondern auch um die Werte und Leistungen. Sie haben einige hässliche Zitate von Prozentzahlen und Aktenmetern erwähnt. Wir haben mit den Bereichs- und Abteilungsleitern von WoV sehr ernsthafte Diskussionen über die Kundenbedürfnisse und Zielrichtungen geführt. Diese Detailziele (Erbsen und Rüebli) sind nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist das, was die Köche daraus machen. Ich traue Ihnen und dem Stadtrat zu, dies mit den neuen Bereichen zu erreichen. Diese Bereiche bedeuten ja nicht die Welt, sondern ein Teil der Stadtverwaltung. Ich bitte Sie, ihnen diese Freiheit zu ermöglichen.

Erlauben Sie mir ein Zitat von Montesquieu am Schluss meiner Ausführungen: *Geben Sie Freiheit, Majestät.*“

Der **Ratspräsident Alfred Tappolet (SVP)** kündigt eine viertelstündige Pause an. Anschliessend folgen weitere **Wortmeldungen**.

Theresia Derksen (CVP)

Votum *

„Die CVP war bei der Diskussion zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung 2002 hier in diesem Parlament der Meinung, WoV sei eine Chance, dass die Verwaltung flexibler, kundenorientierter, effizienter und kostengünstiger werde. Diese Meinung vertrete ich noch heute - auch wenn sie nicht von allen geteilt wird.

Eine Garantie dafür, dass mit WoV die öffentliche Hand effizienter und effektiver arbeiten wird, besteht allerdings nicht; dies ist uns auch klar. Aber wenn nicht von Anfang an die Möglichkeiten von WoV geglaubt wird, dann wird es schwierig.

Bei der jetzt geführten Diskussion gewinnt man den Eindruck, es handle sich um eine Glaubenssache. Wenn die Überzeugung nicht vorhanden ist, dann ist die Durchführung gefährdet. Man muss etwas verstehen, um davon überzeugt zu sein.

Ich frage mich: Was soll daran falsch sein, wenn man Verwaltungshandlungen an ihrer Zweckmässigkeit, an der nach aussen erkennbaren Wirkung und am optimalen Kosten-/Leistungsverhältnis messen will?

Deshalb bin ich der Meinung, dass es nun gilt, diese Chance zu packen. Wir sollten auf die Vorlage eintreten. “

Erwin Sutter (EDU)

Votum *

„Ich bedanke mich bei Walter Hotz für sein flammendes Votum für WoV. Er hat alle Elemente aufgezählt: Unternehmerisches Handeln, Kundenorientierung, Zielsetzungsprozesse sowie messbare Grössen. Trotzdem kommt er mir vor, wie ein Leiter, der seine Leute in den Wald schickt, um Bäume zu fällen, aber vergisst, ihnen das Werkzeug mitzugeben.

Wie Stadtpräsident Marcel Wenger bereits erwähnt hat, ist WoV ein Instrument. Hätten wir bei Alcan kein Managementsystem, würde das Chaos herrschen; davon bin ich überzeugt. WoV ist eben auch ein Instrument, das ein gutes Rüstzeug geben

und positiv wie auch negativ verwendet werden kann. Wir haben ebenfalls bereits gehört, dass es positive und negative Aspekte sowie einige Fragezeichen bezüglich WoV gibt. Bei WoV zählt die messbare Wirkung und nicht nur erbrachte Leistung.

Wenn wir das Koch-Beispiel von Martin Egger erneut aufgreifen, würde dies nicht nur das Menü kochen umfassen, sondern was letztlich zählt, ist auch die Frage nach der Wirkung des gekochten Menüs: Wie gut wurde gekocht? Erhält das Restaurant eventuell Gault Millau Punkte? Wie ist das Kosten-/Leistungsverhältnis? Wie ist die Abfallmenge dieses Restaurants? Dies alles sind messbare Grössen, die eine grosse Rolle spielen. Die Führung von Betrieben erfolgt immer mehr nach festgelegten Zielen, Management by objectivs. Führungsqualität ist überall und selbstverständlich aber unabhängig von WoV gefragt; selbst schlecht geführte Betriebe werden unter WoV-Regime deswegen nicht schlechter werden, im Gegenteil. Kostentransparenz wird dank Kosten-/Leistungsrechnung steigen, versteckte Quersubventionen dürften erkennbar werden und die Kostendeckung der Produkte wird messbar. Die erzielten Resultate können politisch auf der Basis von klaren Facts diskutiert werden. Die Leistungserbringung unter Wov erfolgt nicht nur wirkungsvoll und kostenbewusst, sondern auch kundenfreundlich. Endlich wird auch in einer Verordnung für die Verwaltung Kundenfreundlichkeit festgeschrieben und kann gegebenenfalls auch politisch eingefordert werden.

Über die Fachkommissionen erhalten wir Parlamentarier einen wesentlich engeren Kontakt zur Verwaltung und damit auch tiefere Einsicht in die Betriebe. Die Fachkommissionsmitglieder müssen allerdings auch hohe fachliche Kompetenzen haben, wenn sie gegenüber den Profis aus den Betrieben ein ernst zu nehmender Partner sein sollen. Wir dürfen das Potenzial dieses Rates und auch des nächsten Parlaments nicht unterschätzen. Ich glaube, dass wir einiges davon haben.

Wie sieht es mit der Belastung der Parlamentarier in einem 35-er Parlament und WoV aus? Die Belastung wird mit oder ohne WoV steigen, möglicherweise mit Wov sogar noch weniger stark. Mindestens wird die Arbeit für einen Parlamentarier mit WoV interessanter, denn er kann seine bisherigen Kenntnisse in der für ihn passenden Fachkommission besser nutzen. Arbeit, die auch noch Spass macht, auch wenn es Mehrarbeit ist, erträgt sich sowieso wesentlich leichter.

Wir werden zwei Klassen von Betrieben mit unterschiedlicher Rechnungslegung haben. Das bringt für die Verwaltung, wie auch für den GrSR Zusatzaufwände, die es langfristig zu beheben gilt. Ich hoffe allerdings, dass die guten Erfolge der WoV-Betriebe Schule machen werden, und die Zweiteilung einmal Geschichte sein wird. Es gibt zudem keine Prozesse ohne Auftraggeber, ohne Ziele, messbare Leistungen und Wirkungen. Ich glaube, es gibt keine Betriebe, die nicht geeignet wären. Jeder Prozess kann mit Leistungs- und Wirkungszielen gesteuert werden. Auch in unserer Firma gibt es keine Prozesse, die nicht über Ziele und klare Indikatoren geregelt werden können.

Die Vorlage enthält eine Ausstiegsklausel. 2012 kann das Parlament nochmals über die definitive Weiterführung oder den Abbruch von WoV entscheiden. Die Erfahrungen sollen dannzumal auf den Tisch gelegt werden; denn wir werden erst nach einer mehrjährigen WoV-Betriebsphase mit allen Rahmenbedingungen – insbesondere auch mit den bis heute noch fehlenden Fachkommissionen – wirklich wissen, ob und wie WoV erfolgreich ist. Dies ist nämlich entscheidend: Die bisher erzielten Resultate in den WoV-Versuchsbetrieben wurden alle ohne Fachkommissionen gemacht und sind deshalb nur bedingt aussagekräftig.

Ich bin aufgrund der dargelegten Aspekte der Meinung, dass die Betriebe in der Regel mit WoV bei gleichem Aufwand bessere Leistungen erzielen werden, mindestens aber gleich gute wie unter traditionellem Regime.

Ich kann Ihnen aufgrund meiner mehrjährigen Begleitung in WoV-Kommissionen versichern, dass der SR, das Projektkernteam, der Steuerungsausschuss und die beteiligten Mitarbeitenden in der Verwaltung ein System entwickelt haben, das auf die Bedürfnisse der Stadt massgeschneidert wurde und das Ziel, dem Wohl dieser Stadt zu dienen, nie aus den Augen verloren hat.

Zum Schluss stellt sich die eingangs erwähnte Frage: Haben wir den Mut und das Vertrauen für eine Weichenstellung? Es wird sehr stark am Willen und einer positiven Einstellung aller Beteiligten liegen, am Stadtrat, an den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Betrieben sowie auch an uns Parlamentariern und Parlamentarierinnen.

Ich hoffe, dass wir alle – wie auch letztlich hier entschieden wird – diese Entscheidung akzeptieren und den vorgezeichneten Weg mit oder ohne Freude gehen werden. Ich für meinen Teil empfehle Ihnen ein Ja zu Vorlage und damit zur Einführung einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum *

”Seit 1999 beschäftigen wir uns in diesem Saal mit dem Thema WoV, anfänglich mit Grundlagen von Jürg Gysin und einer Reihe von Pilotbetrieben. Verschiedene Pilotbetriebe verschwanden von der Bildfläche, angefangen mit der SHPL und die Herren Gysin und Konrad verabschiedeten sich ebenfalls. Auch einmal klare Ausdrücke wie Leistungsmotion lösten sich in Luft auf.

Dafür kamen neue Beraternamen und neue Steuerungsgruppen ins Spiel und so entstand die aktuelle Vorlage mit Ausdrücken wie Planungsempfehlungen und Planungsaufträgen, die aber wieder nur für Teilbereiche der Verwaltung Geltung haben sollen. Die vorberatende Kommission hat dann an dieser für mich eingekauften Lösung noch Änderungen angebracht. So entstand ein Konglomerat, das nicht auf unserem Schaffhauser Mist gewachsen ist und mich so nicht begeistert.

Die Änderungen erweisen sich nicht besser, nicht einfacher, nicht transparenter oder auch nicht vorteilhafter als unser jetziges Budget- und Rechnungssystem. Im Gegenteil: Bei GPK und den Fachkommissionsmitgliedern können Doppelspurigkeiten auftreten und doppelte Arbeiten anfallen.

Obwohl die Kommissionsarbeit sehr interessant und lehrreich war, komme ich als früherer Befürworter von WoV zum Schluss, dass die Einführung von WoV-Betrieben nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen nicht meinen Bedürfnissen entspricht, wobei ich eingestehe, wohl nicht ein guter Schaffhauser zu sein.

Daher stimme ich der Vorlage nicht zu und harre mit Spannung den Resultaten der Parlamentsreformkommission, denn zwei Sachen braucht es nicht. Diese SPK wird ihre Arbeit zu einem späteren Zeitpunkt beenden und vorstellen; dies sollten wir abwarten. Deshalb werde ich auf die heutige Vorlage nicht eintreten. Was ich - wie Stadtpräsident Marcel Wenger - nicht unterlassen möchte, ist dem SPK-Präsidenten Martin Egger für seine grossartige Arbeit zu danken. Es war oft ein arger Slalom durch eng gesteckte Stangen, aber der Präsident hat den Weg immer gefunden. “

Peter Neukomm (SP)**Votum ***

”Zuerst möchte ich dem SPK-Präsidenten Martin Egger für seine umsichtige Leitung der Kommissionssitzungen und den umfassenden Bericht danken. Als WoV-Kritiker habe ich meine grundsätzlichen Bedenken gegenüber diesem System bereits an der Debatte über die flächendeckende Einführung von WoV vor fünf Jahren einlässlich dargelegt und gehörte damals mit Kurt Zubler zu den vier Aufrechten, die sich dem WoV-Mainstream entgegen stellten und - für viele nicht verständlich - schwerwiegende Kritik anbrachten.

Ich habe meine damaligen Ausführungen im Hinblick auf die heutige Debatte wieder studiert und musste feststellen, dass meine grundsätzlichen Bedenken auch in den 8 SPK-Sitzungen nicht entkräftet worden sind. Kurt Zubler hat die mehrheitlich ablehnende Haltung der SP/AL-Fraktion vertreten und hat das Wesentliche dazu bereits gesagt. Ich kann mich darum kurz fassen.

Die Frage, die für uns im Zentrum stehen muss, ist die, ob wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier wirklich davon überzeugt sind, diese 8 Bereiche mittels der Instrumente der WoV besser steuern zu können. Wird unsere Aufsichts- und Kontrollfunktion wirklich gestärkt? Damit meine ich nicht irgendwelche unbedeutenden Einzelposten. Da kann Marcel Wenger bezeugen, dass ich nicht auf einzelnen Posten herumreite, es geht um Grundsätzliches.

Ich bin auch aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den Pilotbetrieben der festen Überzeugung, dass die grosse Mehrheit dieses Rates sich kaum je mit WoV und auch nicht mit den gelieferten Daten auseinandergesetzt hat, nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Daten nicht geeignet waren, eine bessere Steuerung zu ermöglichen. Und bei denjenigen, die dies wirklich getan haben, wie zum Beispiel Kurt Zubler sowohl als GPK-Mitglied wie auch im Rahmen der Budgetdebatten, machte sich Ernüchterung breit. Kein Wunder, wenn wir mit so schwammigen Wirkungsunterscheidungen wie zum Beispiel im Bereich Kultur arbeiten müssen, die sinnvoll gemessen werden sollen. Ich zitiere: “Bildend und unterhaltend werden Kulturinteressierte bewegt”.

Was wird eigentlich gemessen? Natürlich ist es bei Betrieben, die Produkte verkaufen, wie zum Beispiel der Stadtgärtnerei, viel einfacher. Ich bin trotzdem grundsätzlich der Meinung, dass das, was die Befürworter erwarten, nicht gebracht wird. Tatsache ist doch, dass auf kommunaler Ebene über 80% der Leistungen von übergeordnetem Recht vorgegeben und damit nur bedingt steuerbar ist. Mit den Worten von Martin Egger ausgedrückt, würde dies heissen, dass, wenn der Bund bereits die Rüebli und Erbsli vorgibt, nur noch entschieden werden kann, ob diese mit Aromat oder Maggi zu würzen sind. Es stellt sich die Frage, ob sich ein derart gigantischer Aufwand für ein zweites System lohnt, das wir neben dem traditionellen Rechnungsmodell einrichten wollen, wenn doch gar nicht so viel wie erwartet übrig bleibt. Dazu kommt der Zeitaufwand, wenn man sich vertieft mit der Materie auseinandersetzen will, der bereits heute unzumutbar und mit einem 35er Parlament erst recht nicht mehr bewältigbar ist.

Das ist mit einer der Gründe der Ernüchterung, die sich auch an anderen Orten breit gemacht haben, wo man WoV eingeführt hat. Ich habe hier unterschiedliche Erfahrungen wie der Stadtpräsident gemacht. Gerade Volksvertretungen, die eine Verkleinerung durchgemacht haben, stossen mit WoV an die Grenzen der Überforderung, weil die parlamentarische Aufsicht wesentlich aufwändiger und anspruchsvoller wird.

Ich habe einiges mitbekommen, als ich bei der Vorbereitung der SPK-Beratungen über die Parlamentsreform mit Parlamentsdiensten und mit Parlamentsmitgliedern verschiedener Städte und Kantone Kontakt hatte. Die Rückmeldungen und Erfahrungen waren bei weitem nicht nur positiv. Im Kanton Aargau zum Beispiel, wo der Kantonsrat verkleinert worden ist, stöhnen alle und gemäss Aussagen der SP-Fraktionschefs ist bereits absehbar, dass WoV nicht überleben wird. Ähnliche Signale der Ernüchterung habe ich aus anderen Parlamenten gehört. Die geschürten Erwartungen mit den Steuerungsmöglichkeiten und der Messbarkeit tönen zwar sehr gut, aber das konkrete Resultat ist relativ bescheiden. Ich frage mich, ob ein solcher "Meccano" mit zusätzlichen parlamentarischen Instrumenten überhaupt Sinn macht, wenn wir im Rahmen der Budgethoheit sowieso Globalbudgets und Leistungsaufträge ändern können. In Anbetracht von Art. 31a Abs. 3 des Finanzhaushaltgesetzes habe ich meine Zweifel.

Jetzt möchte ich zum Hauptgrund, weshalb ich - auch als Motionär der Parlamentsreform - gegen die Einführung von WoV bin, kommen. Ich finde, dass die Teileinführung von WoV den Anstrengungen der Parlamentsreform widerspricht, weil sie eben der Verbesserung der Miliztauglichkeit, die wir mit der Parlamentsreform anstreben, diametral entgegen läuft.

Wir versuchen, wegen der Reduktion der personellen Ressourcen die Parlamentsarbeit und die Abläufe im Rahmen unserer Reform zu vereinfachen und effizienter zu machen, wie wir dies als Ziel von unserem Rat erhalten haben. Gleichzeitig führen wir neben dem traditionellen Rechnungsmodell für einen Teil der Verwaltung noch ein zweites wesentlich komplexeres System ein, mit dem wir kontrollieren, beaufsichtigen und steuern sollen. Es wird für die Ratsmitglieder im verkleinerten Parlament damit noch komplizierter und anspruchsvoller.

Nun frage ich Sie: Wollen Sie dies wirklich? Wenn Sie dies wollen, dann stimmen Sie dieser Teileinführung zu.

Und jetzt noch ein weiterer Einwand: Nach der verlorenen kantonalen Volksabstimmung finde ich die Teileinführung von WoV beim Kanton wie bei der Stadt demokratiepolitisch äusserst problematisch. Ich bin schon von verschiedenen Leuten - die nicht in der Politik sind - darauf angesprochen worden, die nicht ganz zu Unrecht monieren, dass mit diesem Vorgehen wenig Respekt vor dem Volkswillen an den Tag gelegt werde. Und es hat ja einige Befürworter unter uns, die darauf spekulieren, dass die Teileinführung nur ein erster Schritt für die flächendeckende Einführung sei, weil der Kanton die gesetzlichen Grundlagen trotz negativem Volksentscheid schon noch anpassen werde. Ich komme am Schluss nochmals darauf zurück.

Diese Salamtaktik ist natürlich Wasser auf die Mühlen der Politikverdrossenheit eines grossen Teils der Bevölkerung. Wir und die Verwaltung haben uns lange genug mit WoV herumgeschlagen. Es ist aus meiner Sicht endlich Zeit für einen Schlussstrich. Bernhard Egli hat hier einen grossen Scherbenhaufen prognostiziert. Ich sage Ihnen, dass der Scherbenhaufen relativ bescheiden ausfallen wird, weil nämlich nur noch die Stadtgärtnerei zum alten System zurückkehren muss.

Die Stadtregierung soll Kosten-/Leistungsrechnungen einführen, wo sie will und gegen die niemand ist. Aber erbarmen Sie sich dem künftigen 35er Parlament und belasten Sie dieses nicht zusätzlich mit WoV.

Vor meiner Schlussfrage an den Stadtpräsidenten, möchte ich noch unabhängig vom heutigen Entscheid meiner Freude auf die Einlösung des in der SPK im Zusammenhang mit der Ablehnung der WoV-Fonds abgegebenen Versprechens des Stadtpräsidenten Ausdruck geben, bereits beim anstehenden Budget für personalrechtliche Förderungsmassnahmen spürbar mehr Mittel bereitzustellen. Wir werden uns im Rahmen der Budgetdebatte daran erinnern.

Und nun zu meiner Grundsatzfrage vor der Abstimmung: In der Pause haben wir bemerkt, dass es Leute in diesem Saal gibt, die gar nicht wissen, was passiert, wenn man gar nicht auf die Vorlage eintreten würde. Es gibt Leute, die interpretieren ein Nichteintreten ganz anders wie zum Beispiel ich als SPK-Mitglied. Dies benötigt vor der Abstimmung dringend einer Erklärung.

Wir - und auch die Bevölkerung - wollen wissen, woran wir sind. Auf Zusicherung des Stadtpräsidenten im Rahmen der SPK-Beratungen bin ich immer davon ausgegangen, dass - wenn WoV falliert - ein endgültiger Schlussstrich unter WoV - auch in der Verwaltung - gemacht wird. Der SPK-Präsident widersprach mir. Wenn heute die Teileinführung von WoV abgelehnt werde, dann gelte wieder der Beschluss der Gesamteinführung von WoV. Das kann es ja wirklich nicht sein. Hier verlange ich Klärung. Es wäre wichtig, wenn der Stadtpräsident Klartext spricht und sagt, wie es der Stadtrat versteht, damit jemand, der für Nichteintreten votiert, weiss, ob er damit rechnen muss, dass der alte Grundsatzentscheid wieder Geltung hat und die Gesamteinführung von WoV zustande kommt. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

”Fraktionspräsident Raphaël Rohner hat es bereits erwähnt, wir müssen uns heute entscheiden, ob wir eine neue Diskussions- und Gesprächskultur zwischen Parlament, Verwaltung und Stadtrat etablieren wollen. Es hat sehr viel mit Mut zur Reform zu tun und Vertrauen, das in Stadtrat und Verwaltung gesetzt wird. Die heute zur Diskussion stehende Frage ist deshalb auch eine Vertrauensfrage.

Ich kann Ihnen sagen, warum die Bereichsleiter heute nicht da sind. Sie haben sich gefragt, wie ihr Aufmarsch interpretiert würde, wenn sie auf der Tribüne sässen und politisch Einfluss nehmen wollten. Sie haben richtig entschieden, ich beurteile ihren Entscheid positiv und finde ihn gut. Sie als Parlament haben zu entscheiden.

Theresia Derksen hat davon gesprochen, warum sollte man nicht über Wirkungen sprechen dürfen oder müssen. Wir *müssen* über Wirkungen sprechen, wenn wir eine moderne Verwaltung etablieren möchten. Wir *alle* reden darüber in diesem Parlament; mein Dank geht an Erwin Sutter. Es ist eine Frage des Mutes und des Vertrauens. Ich kann ebenfalls bestätigen dass die Parlamentsreform kein Sorgenbrecher für die Verständnisprobleme zwischen Stadtrat, Verwaltung und Parlament sind. Es geht dabei um formale und innerparteiliche Reformen, die einen Teil berühren. Wenn Sie die Anträge der SPK anschauen, wurde die Berührung von WoV zum Projekt Parlamentsreform gesprochen. Diese beiden Projekte müssen sich ergänzen, darüber wurde bereits diskutiert. So viel ich weiss - und ich habe ein gutes Gedächtnis - hat Peter Neukomm heute Abend total unterschiedlich über die Parlamentsreform als Sorgenbrecher wie anlässlich der SPK-Debatte gesprochen. Heute Abend habe ich von Peter Neukomm eine ganz andere Äusserung gehört. Leider ist er zurzeit gerade nicht im Saal anwesend. Es ist für mich ein ernster Fall, wenn man auf der einen Seite den Anschein erweckt, dass mit der Parlamentsreform ein Anschlussprojekt an die WoV-Reform sicher gestellt werden kann - und an diese

Debatte in der SPK kann ich mich sehr gut erinnern - und dann aber heute Abend genau das Gegenteil sagt. Das führt *mich* zum Resultat, dass ich mich - und auch der Stadtrat - vielleicht auch einmal daran erinnern werde, ob wir uns wirklich an etwas halten sollten, was in der Parlamentsreform als Anschluss an das WoV-Projekt beschlossen wurde. Ich finde diese Äusserung äusserst gefährlich, und sie darf nicht so in diesem Raum stehen bleiben.

Für mich und für den SR ist heute bei einem Nichteintretensbeschluss Ihrerseits der Beschluss zum Grundsatzentscheid aufgehoben. WoV ist beendet, wir werden keine einzige Massnahme von WoV mehr weiterführen, auch nicht die Stadtgärtnerei. Dieser Grundsatz ist klar: Mit Nichteintreten ist Schluss mit dem WoV-Projekt. "

Martin Egger (FDP)

Votum

"Ausnahmsweise sind Stadtpräsident Marcel Wenger und ich wieder einmal absolut gleicher Meinung. Ich habe die von Peter Neukomm gestellte Frage zur Abklärung an den Stadtschreiber gestellt. Gemäss seiner Auskunft müsste der Antrag auf Einführen von WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen noch formal gestellt werden. Sonst passiert Folgendes: Wir beschliessen Nichteintreten, weisen die Vorlage mit dem Auftrag zurück an den Stadtrat, der Steuerungsausschuss würde erneut zusammen treten und dann - da gebe ich Iren Eichenberger Recht - würde ich irgendwann einmal flügelahm.

In 16 konstruktiven Sitzungen haben wir gemeinsam ein Steuerungsinstrument definiert, mit dem wir nach bestem Wissen und Gewissen und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir ein Milizparlament sind, den Weg gefunden haben, der in der heute vorliegenden Vorlage zum Ausdruck kommt. Dann müssten Sie so konsequent sein und den Antrag stellen, dass der *Grundsatzentscheid* aufgehoben wird. Damit komme ich zu meinem Hauptkritikpunkt, bei dem Thomas Hauser und auch Peter Neukomm wieder tief in die Geschichtenkiste hineingegriffen und ausgeführt haben, warum WoV nicht funktioniert hat. Für mich wurde zu wenig Energie investiert, um die Instrumente so auszuarbeiten, dass WoV nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen funktionieren kann.

Im Grundsatz sind viele Kolleginnen und Kollegen mit der Führung der Verwaltung nach dem ominösen Dreieck Kosten/Leistung/Wirkung einverstanden, weil damit eine Transparenz erreicht wird, die wir heute nicht haben. Es ist tatsächlich so, dass, wenn uns eine Leistung/Wirkung nicht entspricht, sämtliche Budgetpositionen geprüft werden müssen, wie in meinem Beispiel als Erbsli und Rüebli dargestellt, und wir diese streichen, was aber an den Leistungen und an der Wirkung nichts ändern wird.

Bitte überlegen Sie sich dies: Worauf sollten wir unsere Energie verwenden? Wie können wir WoV als Steuerungsinstrument für die Verwaltung einführen? Wir sollten nicht mit historischen Begebenheiten argumentieren, warum es nicht funktioniert hat. In der Pilotphase waren die Steuerungsinstrumente und die Berichterstattungen sehr aufwändig zu lesen. Genau diese Erfahrungen sind in die WoV-Vorlage eingeflossen und vom Grundsatz her haben wir jetzt ein Steuerungsinstrument, das in den politischen Diskussionen ausbaufähig ist und mit dem wir den Willen des Parlaments mit einer neuen Steuerungsform umsetzen können.

Wenn wir nicht eintreten, ist formal der Beschluss des Grundsatzentscheides nicht aufgehoben. Es müsste über einen entsprechenden Antrag - von wem er auch immer zu stellen wäre - abgestimmt werden. "

Marcel Wenger (Stadtpräsident)**Stellungnahme**

"Ich bitte Sie, heute Abend in diesem Parlament die fünfte Grundsatzentscheidung zu fällen und keine weiteren Diskussionen zum Detail zu provozieren. Es würde eine gute "Falle" machen, wenn diese positiv ausfällt. "

Alfred Zollinger (SVP)**Votum**

"Nach dem WoV-Kritiker Peter Neukomm kommt jetzt ein langjähriger WoV-Hase, bei dem das Feuer für WoV immer noch brennt, ebenso für weniger Bürokratie, keine Sparübungen und mehr Transparenz dank Steuerung durch das magische Dreieck Kosten/Leistung/Wirkung. Auf diese einzelnen Punkte möchte ich nicht mehr eingehen, dazu wurde bereits genug gesagt.

Ich möchte an dieser Stelle auf einige Resultate hinweisen, weil immer behauptet wird, es sei nichts erreicht worden: Zum Beispiel der Kostendeckungsgrad vom Blumenladen der Stadtgärtnerei, der dank WoV entsprechend korrigiert wurde; die Subvention der Mahlzeiten beim AH Steig durch Pro Senectute und wie von Kurt Zubler bereits erwähnt, Restaurierung gewisser Bestände des Stadtarchivs.

Meines Erachtens ist es wichtig, dass die Bereichsleiter unternehmerisch denken, Eigenverantwortung übernehmen und flexibler entscheiden können, weil sie mit WoV nicht mehr an einzelne Positionen gebunden sind. Für das Parlament wird die Arbeit interessanter, aber auch *wir* müssen mehr Verantwortung übernehmen. Wir diskutieren nicht mehr um Einzelpositionen, sondern um Leistungen und deren Auswirkungen auch in finanzieller Hinsicht. Dank neuer Instrumente wie Planungsempfehlung und Planungsauftrag können *wir* schneller und verbindlicher handeln. Aber es müssen auch in Zukunft dafür Mehrheiten gefunden werden.

Aus Gesprächen mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern habe ich festgestellt, dass vor allem bei Skeptikern und solchen, die auf der Neinseite stehen, Bedenken vor vermehrter Arbeit geäußert wird. Man muss und sollte sich eben mit WoV und den damit in Zusammenhang stehenden Unterlagen und Dokumenten beschäftigen.

Aber Hand aufs Herz, das Gleiche gilt doch auch für das konventionelle System bei Rechnung und Budget. Vermutlich ist oder war es einfacher, mit dem Gedanken zu spielen, dass die GPK es schon richten werde. Ich muss nicht nur - aus meiner Sicht am Rednerpult - auf die linke Seite, sondern darf auch auf die rechte Seite schauen. Es wurde bereits erwähnt, Budget- und Rechnungsunterlagen zu studieren benötigt Aufwand. Aber wozu sind wir da? Dies gehört doch zu unseren Aufgaben.

Dies bestätigt mir auch eine Aussage von Walter Hotz anlässlich der GPK-Sitzung vom 23.08.07, ich zitiere: *Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass es nur wenige Parlamentarier gäbe, die sich umfassend mit der Materie der WoV-Betriebe befasst hätten.* Diese Aussage würde ich ebenfalls unterschreiben. Haben wir nicht auch die Aufgabe, uns damit zu befassen, und zwar nicht nur punktuell?

Zu einer weiteren Aussage von Walter Hotz, dass das Personal nicht motiviert sei, beziehungsweise kein Interesse habe, möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Anlässlich einer Besprechungsrunde mit den WoV-Bereichsleitern in der GPK habe ich dies ganz anders verstanden. Ein Umdenken in der Verwaltung hat stattgefunden und ist noch auf dem besten Weg ans Ziel zu kommen. Aufgrund der vorher gemachten Aussage kommt es mir aber jetzt vor, dass wir im gleichen Raum, aber

vermutlich an zwei verschiedenen Sitzungen waren.

Die Reduktion des Grossen Stadtrates auf 35 Mitglieder ist eine Tatsache, über die wir nicht mehr klagen müssen. Wir müssen Wege finden, um die Parlamentsarbeit zu vereinfachen und dafür sorgen, dass sie auch weiterhin interessant bleibt. Die Parlamentsreform ist mit grossen Erwartungen verbunden; die Einführung von WoV in 8 Bereichen ist der erste Schritt auf Verwaltungsstufe und hat meines Erachtens positive Auswirkungen auf die in Diskussion stehenden Fachkommissionen. Für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier heisst dies, dass wir Verantwortung übernehmen müssen. Auch ohne WoV - und dies wurde bereits erwähnt - dürfte die Kosten-/Leistungsrechnung eingeführt werden. Intern ist das ein gutes Vorgehen; aber damit hat das Parlament keinen Einfluss auf Leistungsziele, das heisst, wir diskutieren wiederum nur über die Veränderung einzelner Positionen. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

Ich bitte Sie, entscheiden Sie zur Sache und sagen ja zu dieser Vorlage. Geben Sie dem neuen Parlament, in dem einige von uns nicht mehr dabei sein werden, die Gelegenheit, diese Chance auszunützen. In der Vorlage ist ganz klar festgehalten, dass mit dem WoV-Jahresabschluss 2012 eine Neubeurteilung stattfinden wird, und dann kann ich Ihnen sagen, wird es definitiv heissen: to be or not to be. “

Susanne Günter (FDP)

Votum *

”Ich gehe nicht auf die Details von WoV ein, sondern möchte Ihnen lediglich meine Gedanken dazu darlegen, warum ich positiv zu WoV stehe.

Seit Beginn der WoV-Debatten - und wie man weiss, ist dies schon länger her - bin ich eine Anhängerin dieses Instrumentes. Warum?

Sehen Sie, seit heute Mittag ab 14.00 Uhr können die GPK-Mitglieder das Budget 2008 im Stadthaus abholen. Heute Abend sind wir sogar noch in den Genuss eines Spezialservices gekommen, es wurde uns hier im Ratssaal ausgehändigt. Morgen Mittwoch um 18.00 Uhr trifft sich die GPK zur Behandlung von Eintreten oder auch nicht auf das Budget 2008. In diesem Buch sind hunderte von Budgetpositionen, die man unter den jeweiligen Abteilungen sich zu Gemüte führen muss oder kann.

- Welche Aussagekraft haben nun diese Budget-Positionen?
- In welchem Zusammenhang stehen sie?
- Was weiss man über die Arbeit, die Zweckmässigkeit, den Nutzen, die Überlegungen die hinter diesen Budgetposten, respektiv hinter deren Abteilungen stecken?
- Wo und wie kann das Parlament richtungsweisend eingreifen, wenn man mit einer Position nicht einverstanden ist?

Man hat nur Zahlen, nackte Zahlen, mal etwas höher im Betrag, selten tiefer oder sie sind aus dieser Abteilung herausgekippt und irgendwo unter einem andern Titel wieder sichtbar.

Haben wir den Überblick, ob das nun gut ist oder schlecht? Haben wir den Überblick auf die Konsequenzen, die eine Streichung oder eine Befürwortung eines Budgetpostens erwirken?

Mit dem herkömmlichen System fehlt uns ParlamentarierInnen schlicht weg die

Übersicht über die Aufgaben, welche die Verwaltung auszuführen hat und über einen Nutzen wird kein einziges Wort verloren.

Mit WoV haben wir die Möglichkeit, Transparenz zu schaffen innerhalb eines Betriebes der Verwaltung. WoV - wie schon viel zitiert - ist eine Kultur, eine uralte Kultur, wenn man sie in den Zusammenhang mit dem Unternehmertum führt. Der WoV-Gedanke, diese Kultur, dieser Systemwandel hat in den vergangenen Jahren in den Pilotbetrieben schon einiges bewirkt.

Wie anders ist es zu erklären, dass bei der Umfrage unter den Verantwortlichen der Pilotbetriebe durch das Band weg die Befürwortung von WoV vorherrscht und dass weiterhin Stunden erfasst und ausgewertet werden?

Das Interesse der Mitarbeitenden in diesen Pilotversuchen hat sich gewandelt, und es werden Überlegungen angestellt wie zum Beispiel: Wo stehen wir? Was wollen wir erreichen? Was ist das Ziel?

Eine Kehrtwende ist eingetreten: Die Mitarbeitenden erkennen den Bürger als Kunden. Diese Erkenntnis hat unser Staat bitter nötig, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.

Ich bin der Meinung, dass mit der Verkleinerung des Parlamentes im Jahre 2009 das Thema WoV wichtiger sein wird als manch anderes. Wir müssen uns als Parlamentarier doch einen Überblick über die Tätigkeit in den verschiedenen Verwaltungsabteilungen verschaffen können, und wir müssen auch im Stande sein, über die Kosten den Überblick zu behalten.

Mit WoV können sich Abteilungen und Betriebe mit andern vergleichen, um herauszufinden, wo man sich verbessern kann.

WoV gibt uns ParlamentarierInnen die Möglichkeit sich mit den Personen der Verwaltung auszusprechen, zusammen Ziele zu formulieren. Kann man das ohne WoV? Oder anders gefragt: Haben wir uns je einmal Gedanken über die Kommunikation zwischen Verwaltung und Rat gemacht?

Bei der letzten Besprechung mit den verbleibenden WoV-Verantwortlichen ist gerade dieser Aspekt deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Nähe der Personen von Verwaltung zum Parlament und umgekehrt, ist, wie im eigenen Betrieb, eben lebensnotwendig.

Das Feeling der Zusammenarbeit hat sich breit gemacht und einem vor Augen geführt, dass eben auch in diesem Business die zwischenmenschlichen Beziehungen, - das Gespräch - von grosser Wichtigkeit ist. Das hat mir persönlich grossen Eindruck gemacht!

Für mich wäre das Scheitern dieser Vorlage eine grosse Enttäuschung. Wir vergeben eine Chance zu zukunftsgerichteter Verwaltungstätigkeit, und wir beerdigen eine jahrelange Arbeit, die für uns alle mit vermehrtem Aufwand betrieben wurde. Wir alle mussten Lehren ziehen. Wir als ParlamentarierInnen haben noch viel dazu zu lernen. Ist das System WoV einmal eingeführt, werden wir feststellen - wie schon bei der Behandlung der Pilotprojekte erfahren - dass unsere Diskussionen in diesem Rat weit interessanter werden; sie werden fundierter und zielorientierter.

Eine Absage an WoV würde ich sehr bedauern, besonders für alle Mitarbeitenden die mit grosser Motivation und Begeisterung hinter dieser neuen Aufgabe gestanden sind. Es ist an der Zeit - haben wir den Mut und den Willen, um mit Begeisterung diese Aufgabe anzupacken. Stimmen wir der Vorlage zu. "

Lotti Winzeler (OeBS)**Votum**

"Heute Abend können ja auch Kundenwünsche angebracht werden. Ich hätte gerne ein höhenverstellbares Rednerpult, dieses hier ist für mich zu hoch.

Der Hauptgrund warum ich als eine der Kritikerinnen unserer Fraktion 2002 den Anträgen zur Gesamteinführung der wirkungsorientierten Verwaltung nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen - Grundsatzentscheid nicht zustimmte, ist bei der heutigen Vorlage nicht enthalten, es gibt keine Gesamteinführung. Bei dieser Vorlage soll WoV gezielt bei dafür geeigneten Betrieben eingeführt werden.

Das Vorgehen beim Selektionsprozess, bei dem wir vom WoV-Steuerungsausschuss in Absprache mit unseren Fraktionen mit einbezogen waren, fand ich sehr gut und jetzt gilt es abzuwarten, wie sich WoV für die ausgewählten Bereiche eignet. Von den Rückmeldungen des SR hatte ich den Eindruck erhalten, dass die ausgewählten Abteilungen sehr motiviert sind, WoV einzuführen.

Wenn ich heute ja zu dieser Vorlage sage, sage ich es exakt zu 9 Bereichen ja. Ich bin gespannt, wie die Beurteilung spätestens 2012 ausfällt. "

Roland Schöttle**Votum**

"Ich bin unbelastet von vielen Detailinformationen, mit denen die Kommissionen, der SR und die ausführlich analysierenden Vorrednerinnen und Vorredner belastet sind, sowohl die ablehnenden als auch die befürwortenden. Ich betrachte das Ganze von aussen, nicht im Detail, sondern in der generellen Ausrichtung.

Der Themenschwerpunkt, den ich gewichte, ist das Anstreben einer einheitlichen Verwaltungsform. Diese Einheitlichkeit der Verwaltung ist einer Vereinfachung der Verwaltung als Ganzes gleichzustellen. Wenn wir einen Teil der Verwaltung mit WoV reformieren, ist das ein Versuch, einen Teil des kranken Körpers zu heilen, ohne die Gesamtheit der Bedürftigkeit anzugehen. Wenn wir versuchen, einen Teil des Körpers mit homöopathischen Mitteln zu heilen, während der übrige Teil mit chemischen Medikamenten behandelt wird, führt dies nach meinem Wissen zu Konflikten im Heilungsprozess, die nicht zur Gesundheit des Ganzen führen. Die sich abzeichnende knappe Mehrheitssituation ist eine denkbar schlechte Voraussetzung, um in einem solchen wesentlichen Bereich eine Weiche zu stellen. Wir dürfen aus grundsätzlicher Begründung eine solche Spaltung der Verwaltungsmethoden nicht riskieren, diese Vorlage muss an den SR zurückgeführt werden, damit er den Auftrag erhält, eine gesamte Verwaltungsrevision mit einer einheitlichen Struktur zu entwickeln.

Ich rufe alle, die jetzt innerlich um ein Ja oder ein Nein zweifeln, an, in diesem Fall nein zu sagen, um damit eine schwache Basis für eine Reform zu verhindern. Wir dürfen in diesem Themenbereich nicht experimentieren, dafür ist die Verantwortung zu gross. Bei solch labilen Vorgaben der Mehrheitsverhältnisse haben wir die Verantwortung, Halt zu sagen.

Ich denke, dass eine Gesamtreform in der Verwaltung anzustreben ist, nicht eine Teilreform. Geben wir das Projekt zurück und überlassen es diesem oder dem nächsten SR eine Verwaltungsgesamtreform zu erarbeiten. Nützen wir die kommenden Jahre nicht für weitere Probetriebe, sondern für eine echte Reform. Ich beantrage Ihnen, auf die Vorlage nicht einzutreten und dem allfälligen Ergänzungsantrag des SR auch stattzugeben. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und wiederholt die von Stadtpräsident Marcel Wenger gemachte Aussage wie folgt:

”Wenn wir auf die Vorlage eintreten, werden wir diese durchberaten. Wenn wir auf die Vorlage nicht eintreten, bedeutet dies, dass es in der Stadt Schaffhausen kein WoV geben wird und diejenigen Betriebe, die bereits WoV eingeführt haben, nicht weiter betrieben werden.“

Abstimmung über Eintreten:

Der Grosse Stadtrat beschliesst mit 24 : 21 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage des Stadtrates vom 4. Juli 2006: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES PRÄSIDENTEN

Der **Ratspräsident Alfred Tappolet (SVP)** teilt mit, dass die heutige Sitzung eine Doppelsitzung ist und illustriert damit auch das wirkungsorientierte Bestreben des Grossen Stadtrates.

Zusammensetzung SPK VdSR Gestaltung Freier Platz vom 18.09.07:

OeBS/EVP: Dr. Paul Bösch, Lotti Winzeler (einladende Fraktion)
SVP/JSVP/EDU: Josef Eugster, Susanne Kobler, Alfred Zollinger
FDP/jfsh: Thomas Hauser, Walter Hotz
SP/AL: Urs Fürer, Jacqueline Lagler, Christoph Schlatter, Simon Stocker

Erste Sitzung: 01.11.07, 17.00 Uhr

Zusammensetzung SPK VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit vom 18.09.07:

FdP/jfsh: Nicole Herren, Nihat Tektas, Dr. Raphaël Rohner (einladende Fraktion)
SVP/JSVP/EDU: Paul Dill, Daniel Preisig, Werner Schöni
SP/AL: Andres Bächtold, Christa Flückiger, Christoph Lenz, Peter Möller, Urs Tanner
OeBS/EVP: Iren Eichenberger, Bernhard Egli

Zwei mögliche Sitzungstermine: 19.11.07 oder 28.11.07, 17.00 Uhr. Diese Termine werden mit Neuhausen abgesprochen.

Folgende Vorstösse sind während der Sitzung eingereicht worden:

- Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung vom 14.09.07
- Postulat Dr. Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung vom 18.09.07

Der **Ratspräsident** bittet die SPK-Präsidenten darum, ihm verhandlungsbereite Geschäfte sofort zu melden. Die definitive Traktandenliste der Ratssitzung vom 01.11.07 wird Mitte Oktober veröffentlicht.

Die nächste Ratssitzung findet am **Dienstag, 30. Oktober 2007**, um 17.00 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 21:02 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 23.10.07